



Mitglied der
Akademien der Wissenschaften Schweiz

Die Akademien der Wissenschaften Schweiz vernetzen die Wissenschaften regional, national und international. Sie engagieren sich insbesondere in den Bereichen **Früherkennung** und **Ethik** und setzen sich ein für den **Dialog** zwischen Wissenschaft und Gesellschaft. www.akademien-schweiz.ch

Impressum

Bulletin 2, Juni 2007. Erscheint viermal jährlich.

Herausgeberin: Schweizerische Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften,
Hirschengraben 11, Postfach 8160, 3001 Bern

Tel. +41 (0)31 313 14 40, Fax +41 (0)31 313 14 50, sagw@sagw.ch, www.sagw.ch

Auflage: 2600 Ex.

Redaktion: Markus Zürcher (mz), Beatrice Kübli (bk)

Mitarbeit bei dieser Ausgabe: Beatrice Kübli (bk), Martine Stoffel (ms), Markus Zürcher (mz),
Marlis Zbinden (zb), Beat Immenhauser (ib)

Bilder: S. 5 SAGW; S. 13, 14 ms; S. 50 Stefan Denzler

Layout: Daniela Ambühl (da)

Umschlag: Laszlo Horvath, Bern

Korrektorat und Druck: Druck- und Werbebegleitung, 3098 Köniz

Inhalt – Sommaire

Editorial

- 5 Vier Arbeitsmonate für die Gesellschaft – unentgeltlich und freiwillig

Wissenschaftspolitik – Politique scientifique

- 7 Wichtige Geschäfte in der Sommersession
8 Zwischenbilanz zur BFI-Botschaft 2004–2007
9 Das Forschungszentrum Sozialwissenschaften (ForS) geht nach Lausanne
10 Bildungsbericht Schweiz 2006

Akademien der Wissenschaften Schweiz – Académies suisses des sciences

- 12 Lösungsansätze zum Umgang mit wissenschaftlichem Fehlverhalten

SAGW-News-ASSH

- 15 Expertendialog «Medien und Generationen – Inwiefern beeinflussen die Medien die Gestaltung der Generationenbeziehungen?»
16 Das digitale Gedächtnis der Schweiz: Stand, Herausforderungen, Lösungswege
19 «Label ASSH» – Rapport de la Société suisse d'études hispaniques (SSEH)
Mariela de La Torre
20 Korrigenda
21 Lancement du concours de la «Lunette d'Or» – Prix média pour la diffusion des sciences humaines et sociales

Schwerpunkte – Projets prioritaires

- 22 Alpenlandschaften wertschätzen und wertschöpfen
Thomas Scheurer und Marlis Zbinden

Dossier | Milizarbeit – Bénévolat

- 24 Freiwillige Arbeit als Basis unserer Gesellschaft
25 Umfrage bei den Mitgliedergesellschaften zur ehrenamtlichen Arbeit
27 «Kann ich mir Freiwilligenarbeit überhaupt leisten?». *Interview mit Monika Winet*

- 30 «Die Arbeit für eine wissenschaftliche Gesellschaft ist eine übergeordnete Aufgabe». *Interview mit Prof. Dr. Würzler*
- 32 Wissenschaftliche Gesellschaften als Träger neuzeitlicher Wissenschaft
Gerhard Fröhlich
- 35 Freiwilligkeit, ein Thema der Wissenschaft und für die Wissenschaft
Herbert Ammann
- 38 Welche Anreize motivieren zu ehrenamtlicher Tätigkeit? *Peter Schüll*
- 40 Faits et propositions politiques pour le bénévolat. *Chiara Simoneschi-Cortesi*
- 43 Die wirtschaftliche Bedeutung der Freiwilligenarbeit in der Schweiz
Jacqueline Schön-Bühlmann

Mitgliedsgesellschaften – Sociétés membres

- 48 Was Linguistik zu Sprachfragen zu sagen hat. *Annelies Häcki Buhofer und Daniel Perrin*
- 50 CORECHED-Preis Bildungsforschung 2007 geht an Berner Bildungsforscher und an Genfer Forschungsteam. *Stefan Denzler*
- 51 Changement de présidence à la Société suisse d'études africaines. *Anne Mayor*
- 52 Präsidiumswechsel beim Schweizerischen Juristenverein/Société suisse des juristes. *Christian Friedel*
- 53 Präsidentenwechsel in der Schweizerischen Gesellschaft für Orientalische Altertumswissenschaft
- 54 Präsidiumswechsel in der Schweizerischen Akademischen Gesellschaft der Slavisten. *Daniel Weiss*

International

- 55 ESSHRA International Conference in Switzerland. *Nadine Speich*

Publikationen – Publications

- 57 Habiter la métropole Suisse. L'urbanisation est-elle planifiable?
57 Documents Diplomatiques Suisses
- 58 Die Universität der Zukunft. Eine Idee im Umbruch?
- 60 Generalsekretariat

Vier Arbeitsmonate für die Gesellschaft – unentgeltlich und freiwillig



Rund 28 000 Arbeitsstunden werden von den in unseren 54 Gesellschaften aktiven Personen pro Jahr ehrenamtlich und unentgeltlich erbracht. Im Durchschnitt aller Gesellschaften

werden vier Arbeitsmonate eingesetzt, um administrative Arbeiten zu erledigen, Artikel zu begutachten und zu redigieren, Zeitschriften zu editieren, Veranstaltungen zu organisieren, Informationen aufzubereiten und um Expertise in vielfältiger Form bereitzustellen. All dies geschieht unentgeltlich und freiwillig. Monetarisiert werden über alle Gesellschaften Arbeitsleistungen im Wert von rund 4 Mio. Franken erbracht. Selbst auf vier Jahre hochgerechnet nimmt sich dieser Beitrag zur Forschungsförderung gemessen an den 21 Milliarden Franken, die zwischen 2008 und 2011 für Forschung und Wissenschaft zur Verfügung gestellt werden sollen, bescheiden aus.

Setzt man hingegen den monetarisierten Wert der Milizarbeit mit den ebenfalls bescheidenen 1,7 Mio. Franken in Relation, die unseren Gesellschaften direkt an Bundessubventionen zugehen, präsentiert sich ein anderes Bild: Jeder Bundesfranken löst Arbeitsleistungen im Wert von über zwei Franken aus. Hinzu kommt mindestens ein realer Franken aus Einnahmen und Zuwendungen Dritter für die von den

Gesellschaften erbrachten Produkte und Leistungen. Mit geringen Bundesmitteln werden also qualitativ hochwertige Leistungen und Produkte überaus kostengünstig erstellt. Bedeutsamer und wichtiger bleibt jedoch der ideelle Wert dieser für das Funktionieren des Wissenschaftsstandortes Schweiz wichtigen Leistungen.

Denn die vier Arbeitsmonate werden nicht bloss für die eigene gelehrte Gesellschaft erbracht, sondern für die Gesellschaft insgesamt: Ein gerade in Wissenschaft und Forschung unabdingbares bürgerschaftliches Engagement wird gepflegt und so in guter republikanischer Tradition staatliches und individuelles Bestreben für eine wichtige und gute Sache verklammert. Einem Transmissionsriemen gleich sorgen die Gesellschaften dafür, dass die Ziele der schweizerischen Forschungspolitik einerseits von der Basis aufgenommen werden und andererseits die Bedürfnisse der Forschenden bei der Definition der Ziele und Instrumente durch die staatliche Forschungsförderung Berücksichtigung finden. Allein in diesem permanenten wechselseitigen Austausch lassen sich die Ziele jeglicher Wissenschaftspolitik in der Praxis auch effektiv umsetzen.

Wie in zahlreichen weiteren Bereichen der Schweiz steht die Milizarbeit vorzüglich in Form des Vereins am Ursprung von Leistungen, die heute von der Bundesverwaltung wahrgenommen werden. Dies gilt für Forschung und Wissenschaft im Besonderen. Das, was heute salopp oder pejorativ als Forschungsbüro-

kratie bezeichnet wird, entstand Mitte der sechziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts, lange nachdem sich die gelehrten Gesellschaften, deren gesamtschweizerische Dachorganisationen (ab 1815) und schliesslich deren eigene Förderorganisation (1952) konstituiert haben. Die vielgestaltige und vielfältige Selbstorganisation der WissenschaftlerInnen hat den absolut notwendigen Aufbau einer schweizerischen Wissenschafts- und Forschungspolitik erst ermöglicht, diesen tatkräftig und wegweisend mitgestaltet. Wegen der geforderten, höchst unterschiedlichen, jedoch immer knappen Kompetenzen, Qualifikationen und Kenntnisse wird die Wissenschaftsförderung auch in Zukunft auf das gute Funktionieren dieser Selbstorganisation angewiesen sein.

Nach den Voraussetzungen und Rahmenbedingungen, die einer erfolgreichen Weiterführung dieses unverzichtbaren Beitrags förderlich sind, fragen wir im Dossier zu diesem Bulletin. Ebenso thematisieren wir Faktoren, welche das freiwillige Engagement gefährden, und stellen mögliche Massnahmen zur Diskussion. Diese Diskussion soll zunächst im Kreise der Präsidenten im Juni weitergeführt werden. Im Wissen um die gesamtgesellschaftliche Bedeutung der Milizarbeit und um die säkulare Dimension ihrer Gefährdung blicken wir über den Kreis der SAGW hinaus.

Unterminiert und in Frage gestellt wird die Milizarbeit nicht zuletzt durch ihr ambivalentes und paradoxes Verhältnis zur bezahlten Arbeit. In direkter Konkurrenz zur bezahlten Arbeit steht die Milizarbeit, weil Forschende zunehmend

gehalten sind, für ihre Universitäten und Institute Drittmittel einzuholen. Damit nehmen sowohl die Kapazitäten wie die Bereitschaft ab, gleich gelagerte Leistungen gratis zu erbringen. Noch abträglicher ist jedoch der zunehmende Druck und Zwang, Leistungen in Franken und Rappen zu beziffern und auszuweisen. Die irri-ge Vorstellung, wonach das, was nichts kostet, auch nichts wert ist, wird dadurch noch verstärkt. So sieht man sich denn veranlasst, die erbrachten, unentgeltlichen Leistungen zu monetarisieren. Letztlich trägt man damit zu einer Rechtfertigungs-Berichterstattungsbürokratie bei, welche die Kräfte der Miliz ohne produktives Ergebnis binden.

Zwei Dinge tun zweifellos Not: Einerseits müssen die auch für das gute Funktionieren der Milizarbeit notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt werden, und diese sollten wertschöpfend eingesetzt werden und nicht durch einen Berichterstattungs- und Rechtfertigungszwang unnötig geschmälert werden. Andererseits sind Wertschätzung und Anerkennung gefordert, Faktoren, die auch einer überbordenden Kontrollmentalität entgegenwirken. Dass in Milizarbeit Hervorragendes geleistet wird, diese daher Wertschätzung und Anerkennung verdient, belegen nicht zuletzt die Berichte zu laufenden und geplanten Aktivitäten der im Kreise der SAGW tätigen Organe und Personen in diesem Bulletin.

Dr. Markus Zürcher
Generalsekretär

Wichtige Geschäfte in der Sommersession

(bk) In der Sommersession vom 4. bis 22. Juni werden voraussichtlich viele für die Bildung und Wissenschaft relevante Themen behandelt werden. Bei Redaktionsschluss lagen die Sessionsprogramme noch nicht vor, die Angaben beziehen sich daher auf verschiedene Medienmitteilungen des Schweizerischen Parlaments.

BFI-Botschaft: Die Botschaft über die Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2008–2011 (BFI-Botschaft) befindet sich zurzeit in der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Ständerates (WBK-S). Am Hearing im Erstrat haben sich Vertreter verschiedener Bildungsinstitutionen beteiligt. Sie begrüßten die erhöhten Investitionen in die Bildung und Forschung, warnten aber vor Budgetkürzungen, die zu einer *Stop-and-go*-Politik führen. Die WBK-S betonte einhellig die prioritäre Bedeutung dieses Bereichs für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung in der Schweiz und genehmigte die beantragten Kredite unverändert und einstimmig. Die BFI-Botschaft soll in der Sommersession im Ständerat beraten werden. Das weitere Vorgehen ist wie folgt:

August 2007

Beratung in der WBK-N

Herbstsession (17.09.–05.10.)

Beratung im Nationalrat, wenn nötig Differenzvereinbarung

21. Oktober

eidgenössische Wahlen

Wintersession (03.–21.12.)

Verabschiedung des Budgets 2008

Humanforschungsgesetz: Die Entwürfe von Verfassungsartikel und Bundesgesetz über die Forschung am Menschen sind im Rahmen der Vernehmlassung mehrheit-

lich auf Zustimmung gestossen. Die Notwendigkeit einer schweizweit einheitlichen Regelung ist allgemein anerkannt. Kontrovers diskutiert wurden hingegen das Verhältnis von Menschenwürde und Forschungsfreiheit sowie die Abweichung von der Biomedizin-Konvention. Der Bundesrat hat nun beschlossen, besser zum Ausdruck zu bringen, dass das primäre Ziel der Schutz der Menschenwürde ist, die Forschungsfreiheit also dabei ihre Grenzen findet. Zudem soll der Text der Biomedizin-Konvention angepasst werden.

Der Verfassungsartikel soll möglichst bald zur Abstimmung vor das Volk und die Stände kommen, damit die Grundlage für das Gesetz gegeben ist. Der Bundesrat plant die Überweisung der Botschaft zum Verfassungsartikel ans Parlament noch in diesem Sommer.

Sprachengesetz: Im Jahre 1996 wurde der neue Sprachenartikel (Art. 70 BV) vom Volk angenommen. Die Ausführungsgesetzgebung, das sog. Sprachengesetz, sollte in dieser Legislatur verabschiedet werden. Der Bundesrat entschied aber überraschend, darauf zu verzichten. Mit einer parlamentarischen Initiative verlangte Nationalrat Levrat, das Parlament möge den Entwurf des Bundesrates selber aufnehmen und verabschieden. Nachdem die Kommissionen beider Räte grünes Licht

gegeben hatten, wurde der Gesetzesentwurf von der WBK-N vorberaten und zuhanden des Plenums verabschiedet. Jetzt harret er seiner Beratung durch den Nationalrat; nach zweimaliger Verschiebung dürfte er nun in der Sommersession seinen Platz auf der Traktandenliste finden.

Kulturförderungsgesetz: Der Bundesrat hat die Entwürfe der Botschaft zum neuen Bundesgesetz über die Kulturförderung und zur Totalrevision des Pro-Helvetia-Gesetzes im Juli 2005 in die Vernehmlassung geschickt. Die Botschaft dürfte dem Parlament in der Sommersession zugewiesen werden.

Zwischenbilanz zur BFI-Botschaft 2004–2007

(bk) In einem Zwischenbericht evaluierten das Staatssekretariat für Bildung und Forschung (SBF) und das Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT), ob und wie gut die Ziele der BFI-Botschaft 2004–2007 bis jetzt erreicht wurden. Das Universitätsförderungsgesetz (UFG) wird bis zum 31.12.2011 verlängert.

Der Zwischenbericht geht auf elf Ziele der BFI-Botschaft 2004–2007 ein, darunter die Erneuerung der Lehre an den Universitäten und im Hochschulsystem insgesamt, die Stärkung des Schweizerischen Nationalfonds (SNF) und die Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen den drei Hochschultypen.

Die Betreuungsverhältnisse in den Fachbereichen Geistes- und Sozialwissenschaften, Wirtschaftswissenschaften und Recht konnten nur minim verbessert werden. Als Gründe angegeben wurden die Mittelkürzungen durch das Entlastungsprogramm und die Tatsache, dass mit den vorhandenen Geldern mehr Mittelbaustellen als Professuren geschaffen worden seien. Die Bologna-Reform ist weitgehend vollzogen. Im internationalen Vergleich liegen die Universitäten sehr gut im Reformplan, während der Frauenanteil bei Studierenden und Forschenden nach wie

vor sehr tief ist. Beim SNF bewiesen sich die Nationalen Forschungsschwerpunkte und die Förderungs-Assistenzprofessuren als klare Erfolge. Hingegen fehlten die Mittel, um die freie Grundlagenforschung auszubauen.

Das Angebot zwischen den Fachhochschulen und den universitären Hochschulen soll besser aufeinander abgestimmt werden, darüber besteht ein Konsens. Als weitaus schwieriger stellt sich die Verteilung der Studiengänge heraus. Für die Prüfung der Übertragung gewisser Studiengänge fehlte bis jetzt ein politisches Instrument, das nun mit dem Hochschulrahmengesetz geschaffen werden soll.

Nicht erreicht wurde das Ziel, die Neustrukturierung der schweizerischen Hochschullandschaft bis Ende 2007 zu finalisieren und im Hochschulrahmengesetz zu verankern. Es hat sich gezeigt, dass die Aufgabe komplexer ist als angenommen.

Der vom Volk am 21. Mai 2006 mit grosser Zustimmung angenommene Bildungsartikel fordert, dass Bund und Kantone diese Aufgabe gemeinsam lösen. Das wiederum hat zeitintensive Verhandlungen zur Folge. Daher soll das UFG auch noch für die Beitragsperiode 2008–2011 als gesetzliche Grundlage gelten und bis zum 31.12.2011 verlängert werden.

*Der Bericht kann bezogen werden unter:
http://www.sbf.admin.ch/htm/services/publikationen/bft/2002/SC_BFT_04-07_Fact_sheets_250107.pdf*

Das Forschungszentrum Sozialwissenschaften (ForS) geht nach Lausanne

(mz) Gestützt auf die durch ein hochkarätig besetztes, internationales Panel durchgeführte Meta-Evaluation, hat das Staatssekretariat für Bildung und Forschung (SBF) beschlossen, ForS am Standort Lausanne zu realisieren. Damit folgt das SBF auch den Empfehlungen der SAGW vom Dezember 2006. Das Zentrum soll nach dem Willen des SBF seinen Betrieb im Januar 2008 aufnehmen. Mit der Umsetzung beauftragt das SBF die Universität Lausanne, wobei eine Begleitgruppe bestehend aus je einem Vertreter des Schweizerischen Nationalfonds (SNF), der SAGW, des SIDOS, des Bundesamtes für Statistik (BfS) sowie des SBF eingesetzt wird.

Die SAGW freut sich, dass dieses Projekt nach einer langen Vorbereitungszeit und vielen Ungewissheiten nun umgesetzt werden kann. Sie wird sich nach Kräften dafür einsetzen, dass ein national und international verankertes Zentrum entsteht, und wünscht sich, dass mittelfristig alle Schweizer Universitäten mitwirken.

Bildungsbericht Schweiz 2006

(bk) Im Auftrag des Bundes und der Kantone hat die Schweizerische Koordinationsstelle für Bildungsforschung den ersten nationalen Bildungsbericht erstellt. Der Bildungsbericht Schweiz 2006 fasst Informationen aus Statistik, Forschung und Verwaltung zusammen und liefert die erste umfassende Bestandsaufnahme des Wissens über das schweizerische Bildungswesen.

Der Bildungsbericht analysiert die Leistungsfähigkeit des Bildungswesens von der Vorschule bis zur Weiterbildung hinsichtlich der Effektivität, der Effizienz und der Chancengerechtigkeit und weist auf Lücken in der Datenlage hin. Die Analysen werden ergänzt durch Informationen zu Kontext und institutionellen Merkmalen der verschiedenen Bildungsstufen. Der Bericht versorgt Bildungspolitik und -verwaltung mit wichtigen Steuerungsinformationen und bereichert die öffentliche Diskussion über das schweizerische Bildungswesen mit Fakten und Analysen.

mentieren dazu: «Diese Umlagerung hat für die Universitäten finanziell entlastende Wirkungen, wobei der Einfluss auf die Qualität von Lehre und Forschung unbestimmt ist. Auffallend ist, dass in Fachbereichsgruppen mit stark steigendem Betreuungsverhältnis die grösste Zunahme des Mittelbaus festzustellen ist. Dies ist ein Hinweis darauf, dass die universitären Hochschulen vor allem zur Verbesserung der Betreuung auf wissenschaftliche Mitarbeitende setzen und diese nicht in erster Linie angestellt werden, um Forschung zu betreiben.»

Die universitären Hochschulen

Die Studierendenzahl nimmt ständig zu, ein Trend, der sich wohl noch gut fünf Jahre fortsetzen wird. Erklärt wird diese Zunahme unter anderem mit der steigenden Maturitätsquote und den fehlenden Möglichkeiten der Universitäten zur Zulassungsbeschränkung. Aufgrund verschiedener Beobachtungen zeigte sich aber, dass die steigende Anzahl der HochschulabsolventInnen auch auf eine entsprechende Nachfrage des Arbeitsmarktes gestossen ist.

In der Lehre war in den letzten 15 Jahren eine starke Verschiebung hin zum Mittelbau festzustellen. Die Autoren kom-

Effektivität und Effizienz

Die Messung der Effektivität und der Effizienz der universitären Hochschulen ist aus verschiedenen, im Bildungsbericht erläuterten Gründen schwierig. So sind beispielsweise die Kosten in den Geistes- und Sozialwissenschaften verhältnismässig tief, was darauf zurückzuführen ist, dass viele Studierende von wenig Personal betreut werden. Es sei stark zu vermuten, dass die Betreuung einen Zusammenhang mit der Qualität der Ausbildung hat. Verschiedene Berichte weisen darauf hin, dass die Unterrichtsqualität ab einer gewissen Zahl von Studierenden pro Professur (in den Geisteswissenschaften sind das

40) leidet. Abgesehen von der mit Zugangsbeschränkungen versehenen Medizin werden diese Sollwerte in allen Fachbereichen seit 1990 stets überschritten.

Chancengleichheit

In der universitären Bildung sind Männer und Frauen beinahe gleich stark vertreten. Die Geistes- und Sozialwissenschaften haben unverändert den höchsten Frauenanteil. Zwischen dem Studienabschluss und der Doktoratsstufe nimmt der Anteil jedoch stark ab, was bei Fachbereichen, wo der Frauenanteil während des Studiums gering ist, nicht der Fall ist. In gewissen Fachbereichen müssen Frauen nach wie vor mit tieferen Einstiegsgehältern rechnen und erhalten auch nicht denselben Einkommenszuwachs wie die Männer.

Der Bildungsbericht Schweiz 2006 kann bestellt werden bei:

Schweizerische Koordinationsstelle für Bildungsforschung, Entfelderstrasse 61, 5000 Aarau

062 835 23 90, skbf.csre@email.ch,

www.bildungsbericht.ch

Kontaktpersonen

Projektleiter: Prof. Dr. Stefan C. Wolter,
stefan.wolter@vwi.unibe.ch

Tel. 031 631 52 08, N 079 370 94 04

Projektkoordination: Miriam Kull,
miriam.kull@skbf-csre.ch

Tel. 062 835 23 95



Akademien der Wissenschaften Schweiz
 Académies suisses des sciences
 Accademia svizzera delle scienze
 Academias svítras da las ciencias
 Swiss Academies of Arts and Sciences

Lösungsansätze zum Umgang mit wissenschaftlichem Fehlverhalten

(bk) Im Rahmen ihres Schwerpunktes «Ethik» liessen die Akademien der Wissenschaften Schweiz eine Arbeitsgruppe, geleitet von Prof. Emilio Bossi, die Frage der «Wissenschaftlichen Integrität» bearbeiten. Am 20. März 2007 wurden zwei Papiere, ein «Memorandum» und ein «Modell-Reglement», namhaften Experten und Expertinnen zur Diskussion gestellt.

Das «Memorandum» soll die Forschenden an ihre Verantwortung erinnern. Die Forschungsinstitutionen werden aufgefordert, verbindliche Regeln zur Sicherung der wissenschaftlichen Integrität aufzustellen und diese in die Aus- und Weiterbildung zu integrieren. Mit dem «Modell-Reglement» soll den Forschungsinstitutionen ein Instrument zur Verfügung gestellt werden, welches das Vorgehen bei einem Verdacht auf wissenschaftliches Fehlverhalten beschreibt. Nebst den Grundsätzen wissenschaftlicher Integrität erhält hier insbesondere der Umgang mit wissenschaftlichem Fehlverhalten Gewicht. So wird beispielsweise der Verfahrensablauf beschrieben und das Vorgehen bei wissenschaftlichem Fehlverhalten in einem übersichtlichen Flussdiagramm dargestellt. Weiter werden hier die wichtigsten Verstösse aufgelistet.

Die eingeladenen Experten und Expertinnen werteten die beiden Papiere insgesamt als sehr gut. «Sie sind sehr komplett und auf den Punkt gebracht», rühmte John DeLamarter von Merck Serono. «Die

Grundsätze und Empfehlungen der Akademien der Wissenschaften Schweiz sind eine ausgezeichnete Grundlage, um gegen wissenschaftliches Fehlverhalten vorzugehen», freute sich Nationalratspräsidentin Christine Egerszegi-Obrist. Dass sich die Akademien der Wissenschaften Schweiz dieses Themas angenommen haben, wurde begrüsst. Richard Bühler, Präsident der Fachhochschule Nordwestschweiz, erklärte, dass die beiden Texte an seiner Schule zur Pflichtlektüre gehören werden.

Es gab auch kritische Einwände. Suzette Sandoz, Rechtsprofessorin in Lausanne, bemängelte beispielsweise, dass zu wenig auf die rechtlichen Möglichkeiten hingewiesen würde. Sie befürchtet, dass das Modellreglement die Illusion einer rechtlichen Sicherheit vermittelt und die Betroffenen darob Einsprachefristen verpassen. Prof. Rudolf Stichweh, Rektor der Universität Luzern, stiess sich vor allem an der Begriffswahl. Integrität meine jeweils die ganze Persönlichkeit, gab er zu bedenken. Hier gehe es jedoch lediglich um wissenschaftliches Verhalten. Fehlplatziert

Prof. Dr. Emilio Bossi leitete die Veranstaltung souverän. Gespannte Zuhörer im Hintergrund Dr. Erwin Koller und Nationalratspräsidentin Frau Egerszegi.



findet er auch den Begriff «Wahrheit». Er zieht die Ausdrücke «Wahrhaftigkeit» oder «belastbare Daten» vor. Schliesslich wandte er ein, dass Ethik nur im Zusammenhang mit einer Statuszuweisung funktionieren kann und dass *good practice* in der Realität meist unerreichbar sei. Die Ethik diene lediglich der Regulierung der *malpractice* auf dem tiefstmöglichen Niveau. Für Bühler gehört ebenfalls zum korrekten wissenschaftlichen Verhalten, dass sich quere Ideen auch dann durchsetzen können, wenn die Ansichten und Forschungsprojekte der Begutachter dadurch in Frage gestellt werden. Die Notwendigkeit, über andere zu urteilen, sei zwar schwierig, aber unerlässlich, betonte Prof. Dieter Imboden, Präsident des Forschungsrates des Schweizerischen Nationalfonds (SNF). Einen Ombudsman wird der SNF hingegen nicht einsetzen. Im Moment fehlen die nötigen rechtlichen Grundlagen, um Sanktionen durchzusetzen. Das wird sich erst mit der Revision des Forschungsgesetzes ändern, welche einen Artikel (Art. 11) für wissenschaftli-

ches Fehlverhalten vorsieht. Zudem käme der SNF so in einen Rollenkonflikt zwischen Förderkollege einerseits und Polizist andererseits.

Die Vertreter der Industrie wiesen darauf hin, dass die Problematik im privatrechtlichen Bereich weniger akut sei, da hier andere Kontrollinstrumente, wie beispielsweise Verträge, zur Verfügung stehen.

Gemeinhin war man sich einig, dass der Nachwuchs früher und stärker in die Grundregeln wissenschaftlichen Verhaltens eingebunden werden soll. «Die Studierenden bedienen sich oft im Internet, ohne den Ursprung zu vermerken», berichtete Prof. Dr. Georg W. Kreutzberg vom Max-Planck-Institut für Neurobiologie. «Dabei sind sie sich des Fehlverhaltens meist nicht bewusst.» «Fehlverhalten ist ein integraler Bestandteil des Menschseins», rief PD Dr. Detlef Niese, Novartis Pharma AG, in Erinnerung. Die Sensibilisierung, dass es sich hier nicht um ein Kavaliersdelikt handle, sei sehr wichtig. Besonders verheerend sei ein wissenschaftliches



Zuständig für die kritische Aussensicht (v.r.n.l.): Beat Sitter-Liver, Georg W. Kreuzberg, Christine Egerszegi-Obrist, Erwin Koller, Suzette Sandoz und Marcel Hänggi.

Fehlverhalten, wenn sich andere auf diese Ergebnisse abstützen und ihrerseits falsche Schlüsse daraus ziehen. Er plädierte daher dafür, die Auswirkungen der Forschung mit in die Verantwortung der Forschenden einzubeziehen beziehungsweise sicherzustellen, dass die Forschenden zumindest über die gesellschaftlichen Auswirkungen ihrer Forschung nachdenken. Zudem empfiehlt er, den Dokumenten einen rechtlichen Charakter zu verleihen. Andere wiederum warnten davor, in die Regulierung abzudriften. Anne-Claude Berthoud, Linguistikprofessorin in Lausanne, schlug vor, dass das Memorandum zwar den Rahmen gebe, inhaltlich aber mit der Forschung ändere.

Der Ursprung wissenschaftlichen Fehlverhaltens ist oftmals in der Wirtschaft oder der Politik zu suchen. Grundlagenforschung soll verwertbar sein und gesellschaftlichen Nutzen bringen, wird beispielsweise immer mehr gefordert. Das führt aber dazu, erklärt Nationalratspräsidentin Egerszegi-Obrist, dass die eingereichten Forschungsgesuche gespickt sind mit hypothetischen und überzogenen Zielen, welche unmöglich erreicht werden können. Die Folge davon sind Kritik und

Enttäuschungen. Egerszegi-Obrist plädiert deshalb dafür, Grundlagenforschung möglichst ohne Ziele zu betreiben. Zudem sollte die Qualität der Forschenden nicht anhand der Publikationen gemessen werden, gab Beat Sitter-Liver, Philosophieprofessor an der Universität Freiburg, zu bedenken. Dass hier Anreize zu wissenschaftlichem Fehlverhalten geschaffen werden, befürchtet auch Sandoz.

Diskutiert wurde weiter die Problematik des *Whistle Blowers*. Der Schutz der Informanten ist nicht sehr hoch. Wer wissenschaftliches Fehlverhalten anzeigt, hat oft Benachteiligungen in der Karriere zu befürchten. Um wissenschaftliches Fehlverhalten aufzudecken, spielen auch die Medien eine wichtige Rolle. Wissenschaftsjournalist Marcel Hänggi forderte deshalb die Forschenden auf, mehr Akzeptanz für unbequeme Journalisten zu zeigen.

Die Arbeitsgruppe wird nun die Papiere überarbeiten und die geäusserten Meinungen einbringen. Sobald die beiden Papiere definitiv vorliegen, werden wir sie auf unserer Website www.akademien-schweiz.ch publizieren.

Expertendialog «Medien und Generationen – Inwiefern beeinflussen die Medien die Gestaltung der Generationenbeziehungen?»

(ms) Am 26. April 2007 fand in Zürich der erste Expertendialog des Netzwerks Generationenbeziehungen statt, welcher durch die SAGW, das Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV), das Institut für Publizistikwissenschaft und Medienforschung der Universität Zürich (IPMZ) und das Deutsche Seminar der Universität Zürich (DS) organisiert wurde. 50 Personen nahmen am Expertendialog teil. Vier ReferentInnen stellten aus der Sicht der Wissenschaft, der Praxis und der Politik Fragen nach den Bedingungen und Möglichkeiten des Dialoges zwischen den Generationen. Anschliessend fand eine durch Erwin Koller moderierte einstündige Diskussion statt.

Heinz Bonfadelli, Professor am IPMZ, stellte fest, dass sowohl die Medien selber als auch die Kommunikationswissenschaft vor allem auf Kinder und junge Leute fixiert sind; alte Menschen und ihr Medienumgang werden kaum thematisiert oder allenfalls als soziales Problem gesehen; eine Generationenperspektive fehlt weitgehend. Mirko Marr, Oberassistent am IPMZ, beleuchtete die Dimensionen der generationsbezogenen Zugangsklüfte zum Internet und zur Medienproduktion und fragte nach dem sich aus ihnen ergebenden gesellschaftlichen Bedrohungspotenzial. Er bemerkte, dass eine digitale Kluft zwischen den Generationen besteht, dass diese Kluft aber zahlreichen sozialen Faktoren zuzuweisen ist.

Schweizer Radio DRS richtet gemäss Stephanie Weiss seine Programme inhaltlich und formal auf die verschiedenen Generationen aus, die Programme sind so konzipiert, dass eines für die Jungen, eines für ein Publikum mittleren Alters und eines für das ältere Publikum zur Verfügung steht. Nebst der altersspezifischen Ausrichtung von Sendungen sprechen alle

Programme von SR DRS generationenübergreifende Themen an.

Lisa Berrisch, Stabschefin Sozialdepartement Zürich, berichtete über den Schwerpunkt der vergangenen Legislaturperiode (2002 bis 2006) des Zürcher Stadtrats «Jung & Alt Stadt». Im Rahmen von Projekten und unter Nutzung verschiedener Medien bzw. Anlässe wurde versucht, alte und junge Menschen miteinander ins Gespräch zu bringen. Sie bemerkte unter anderem, dass Stereotype über andere Generationen verbreitet sind und dass direkte Begegnungen eine entscheidende Rolle spielten.

In der darauffolgenden Diskussion wurden unterschiedliche Aspekte wie zum Beispiel die Wahrnehmung, Darstellung und Repräsentation der Generationen in den Medien diskutiert sowie der Einfluss der Medien auf die Meinungsbildung bezüglich Generationenfragen thematisiert. Primärerfahrungen zwischen den Generationen sind zwar möglich, allerdings überwiegen die durch die Medien gegebenen Informationen über Generationen.

Zwei weitere Werkstattgespräche sind für Ende 2007 (November) und Anfang 2008 (Januar) zu den Themen «Generationenpolitik und Generationengerechtigkeit» sowie «Generationenpolitik und Geschlechterpolitik» geplant.

Interessierte melden sich bitte bei Martine Stoffel, martine.stoffel@sagw.ch oder Tel. 031 313 14 55.

Das digitale Gedächtnis der Schweiz: Stand, Herausforderungen, Lösungswege

Herbsttagung der SAGW, 8./9. November 2007, Zentrum Paul Klee, Bern

(ib) Die modernen Informations- und Kommunikationstechnologien eröffnen enorme Möglichkeiten der Erschliessung und Vermittlung unserer Kulturgüter. Unabhängig vom Medium Text, Bild oder Ton sind Informationen in einem bisher unbekanntem Mass per Mausklick verfügbar – die digitale Wissensgesellschaft ist Realität geworden. An ihrer Herbsttagung wird sich die SAGW dieser Thematik annehmen.

Die Digitalisierung kulturell wertvoller Informationen für Bibliotheken, Archive und andere Institutionen ist handhabbar und finanziell tragbar geworden. Entsprechend sind zahlreiche Akteure im Begriffe, ihre Bestände zu digitalisieren und sie online zugänglich zu machen. Diese Entwicklung stellt die Gedächtnisinstitutionen (*heritage institutions*, d.h. Archive, Bibliotheken und Museen) in der Schweiz vor ganz neue Herausforderungen und Schwierigkeiten, die die Frage nach Koordination und Kooperation oder gar nach Regulierung unter Berücksichtigung des

internationalen Umfeldes auf nationaler Ebene aufwerfen.

Die Probleme liegen auf der Hand: Digitalisierungsvorhaben verlaufen in der Regel wenig koordiniert, so dass Synergien ebenso wenig genutzt werden wie die dem Medium inhärenten Verknüpfungsmöglichkeiten. Überdies ist die langfristige Pflege und Bewirtschaftung der digitalisierten Bestände in keiner Weise gesichert. Unklare, sich überschneidende oder fehlende Zuständigkeiten oder einheitliche Rechtsgrundlagen erschweren zudem die Koordination in der Schweiz

massgeblich. Bereits auf Bundesebene sind die mit der Sicherung und Vermittlung von Kulturgütern befassten Institutionen in unterschiedlichen Bundesämtern angesiedelt. Nebst den Bundesinstitutionen spielen auch Kantone, Gemeinden sowie einzelne Gedächtnisinstitutionen oder Private eine gewichtige Rolle. Die nationalen Verbände ihrerseits verfügen weder über die notwendigen Mittel noch über die Kompetenzen, um Normen und Standards verbindlich durchzusetzen. Ausserdem bleibt festzustellen, dass die verschiedenen Nutzergruppen kaum eine Möglichkeit haben, ihre Bedürfnisse geltend zu machen. Dabei steht der Zugang zu den Information sowie deren Verknüpfung im Vordergrund. Ebenso ist die internationale Anbindung von Digitalisierungsprojekten erst sehr vereinzelt realisiert worden.

Ingesamt befindet sich die Schweiz im Vergleich zum Ausland im Rückstand, was Massnahmen im Bereich der digitalen Sicherung und Vermittlung betrifft. Aufeinander abgestimmte Initiativen fehlen weitgehend. Unbefriedigend ist schliesslich, dass namentlich mit Blick auf die koordinierte Finanzierung der Erschliessung und Vermittlung von Kulturgütern die Zuständigkeiten nicht geklärt sind. Entsprechende Vorstösse, die die Finanzierung geistes- und sozialwissenschaftlicher Infrastrukturprojekte im Parlament zum Thema gemacht haben, wurden erst kürzlich eingereicht (Postulat Frick «Zukunft des Historischen Lexikons der Schweiz und Verbreitung von schweizergeschichtlichem Wissen in der Bevölkerung» oder Interpellation Stump «Geistes- und Sozialwissenschaften international konkurrenzfähig machen»). Auf einen Punkt gebracht, fragen wir, wie die Sicherung

und Vermittlung von Zeugnissen unserer Kultur und Geschichte im digitalen Zeitalter zu organisieren sei.

Die Schweizerische Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften (SAGW) widmet sich in ihrer Herbsttagung 2007 dem skizzierten Problembereich. Sie will damit folgende Ziele erreichen:

- einen Überblick zum Stand der Sicherung und Vermittlung geben;
- laufende Initiativen identifizieren und bestehende Zuständigkeiten aufzeigen;
- *best practices* im In- und Ausland präsentieren;
- Defizite eruieren;
- mögliche Lösungswege zur Diskussion stellen.

Die Struktur der Tagung orientiert sich an vier Leitfragen:

1. Koordination/Kooperation/Regulation: Welche Elemente der Sicherungs- und Vermittlungsprozesse bedürfen der Koordination, und wie sind diese umzusetzen?
2. Wie lässt sich eine an den Bedürfnissen der Nutzer orientierte Sicherung und Vermittlung erreichen?
3. Welche Massnahmen müssen ergriffen werden, um die Sicherung und Vermittlung von digitalisierten Beständen langfristig zu sichern?
4. Wie kann das Problem der Finanzierung gelöst werden? Welche Finanzierungsmodelle sind erfolgversprechend?

Expertinnen und Experten aus den bedeutendsten *heritage institutions* der Schweiz

sowie Fachleute aus dem In- und Ausland, die sich intensiv mit Problemen rund um die digitale Gedächtnisbildung beschäftigen, werden während eineinhalb Tagen die genannten Leitfragen in drei thematischen Blöcken vertiefen. Der erste Teil am Donnerstagnachmittag ist der Bestandesaufnahme auf Bundes- und kantonaler/kommunaler Ebene gewidmet, die wiederum an ausländischen Erfahrungen gespiegelt wird. In einer anschliessenden Podiumsdiskussion steuern Exponentinnen und Exponenten der angesprochenen Interessenverbände (Verband der Museen Schweiz VMS/ICOM, Verband der schweizerischen Archivarinnen und Archivare VSA und Verband der Bibliotheken und Bibliothekare/-innen BBS) ihre Erfahrungen und Erkenntnisse bei. Am Freitagmorgen werden in vier Workshops, die sich an den oben genannten Leitfragen orientieren, offene Fragen und *best practices* diskutiert. Der letzte Teil der Veranstaltung beschreibt Initiativen und skizziert mögliche Lösungswege, so etwa

die «Memopolitik» des Bundes, Koordination oder gar Regulation durch die Fachverbände, die Schaffung von Kompetenzzentren (am Beispiel der Langzeitarchivierung) oder die Lancierung eines nationalen Webportals (infoclio). Abschliessend sind die politischen Entscheidungsträger, der Bund, die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur sowie der Schweizerische Nationalfonds, aufgerufen, an einer Podiumsdiskussion zu diesen Lösungsansätzen Stellung zu beziehen. Flankiert wird die Veranstaltung durch Posterpräsentationen, die über laufende Initiativen zu Digitalisierungsprojekten informieren.

Weitere Informationen, insbesondere das Tagungsprogramm, werden demnächst auf der Website der SAGW publiziert: www.sagw.ch

«Label ASSH» – Rapport de la Société suisse d'études hispaniques (SSEH)

Mariela de La Torre, présidente de la SSEH

La Société suisse d'études hispaniques a accueilli, de façon très ouverte et positive, le projet «label ASSH» dès sa conception en 2005, en passant par sa mise en pratique dès 2006. Aujourd'hui, nos publications, programmes de colloques et papiers à lettres affichent d'ores et déjà le logo «Membre de l'Académie suisse de sciences humaines et sociales», à la fois signe distinctif et marque d'une identité collective. Tant le comité que les membres de notre société ont répondu positivement à ce projet fédérateur, marquant d'une part l'appartenance de la SSEH au réseau scientifique chapeauté par l'ASSH et, d'autre part, la reconnaissance réciproque de ses partenaires.

Dans un monde où spécialisation rime souvent avec atomisation, nous sommes convaincus de la nécessité d'une identité visuelle facilement reconnaissable et mémorisable, qui exprime de manière condensée – grâce au mélange des modes de signification linguistique et iconique – les liens unissant notre société aux autres membres de la communauté scientifique suisse.

Pour la Société suisse d'études hispaniques, l'impact de l'utilisation du «label ASSH» est double: de manière interne, soit face à nos propres membres, et également en termes d'image et de visibilité vers l'extérieur. Même si, riche de ses 350 membres, la Société suisse d'études hispaniques a un poids relativement impor-

tant à l'échelle suisse, il en va autrement à l'étranger. Ainsi, le «label ASSH» nous permet d'arborer notre appartenance à une communauté forte de plus que 50 sociétés ayant trait aux disciplines des sciences humaines et sociales, nous dotant en même temps de cohérence et d'unité dans la diversité des sociétés membres, mais aussi et surtout nous conférant une spécificité vis-à-vis de l'extérieur ainsi qu'une continuité dans le temps.

Du point de vue pratique, l'introduction du label s'est déroulée aisément. Le matériel fourni par l'ASSH (CD-Roms) présentait tout au début quelques menus problèmes (notamment en ce qui concerne la taille des fichiers, trop volumineux). Très vite, les nouveaux CDs envoyés par l'ASSH ont pallié à ce problème. Le matériel fourni contenait tout un éventail de re-écriture de la partie texte du logo (horizontal/vertical, société membre/commissions/curatoria, etc.), facilement adaptable et imprimable, notamment sur les supports pré-imprimés de notre société (par ex. papier à lettres). D'autre part, avec les moyens informatiques actuels, il a été facile d'adapter la taille et la position du logo dans nos imprimés.

Par ailleurs, le logo permet d'identifier rapidement les événements culturels et scientifiques organisés par notre société et parrainés par l'ASSH, tout en mettant sur un pied d'égalité celle-ci avec d'autres entités subsidiant nos publications, con-

grès, etc. En effet, dans la plupart des cas, nos autres partenaires (Ambassade d'Espagne, universités suisses, etc.) nous demandent également d'apposer leur logo. Cela donne comme résultat l'alignement d'une petite série de logos de taille équivalente, facilement reconnaissables et impliquant deux avantages: d'une part, une économie de moyens dans nos imprimés et, d'autre part, un traitement équitable, en termes d'espace, aux différentes entités qui parrainent nos activités.

Il convient également de souligner que, du point de vue esthétique, la sobriété du logo ASSH se marie bien avec la ligne graphique des imprimés de notre société.

On ne saurait pas ici désigner une seule personne responsable de l'introduction du label, car cette introduction s'est faite simultanément au niveau du secrétariat, de la trésorerie et de la présidence. Toutefois, il revient au secrétariat, en la personne de Mme Béguelin-Argimon, la partie du travail la plus volumineuse, et nous saisissons cette occasion pour la remercier.

La Société suisse d'études hispaniques ne peut que saluer cette initiative de l'ASSH, en encourageant la mise en pratique du projet «label ASSH».

Korrigenda

(bk) Im letzten Bulletin 1/2007 haben wir beim Artikel zum Präsidentenwechsel der Schweizerischen Gesellschaft für Bildungsforschung (SGBF) versehentlich ein Bild des ehemaligen Präsidenten Stefan Wolter anstelle des neuen Präsidenten Matthis Behrens abgedruckt (Seite 48).

Wir entschuldigen uns für diesen Fehler und stellen Ihnen nun hier Herrn Behrens mit dem richtigen Bild vor:

Matthis Behrens ist
neuer Präsident der
Schweizerischen
Gesellschaft für
Bildungsforschung.



Lancement du concours de la «Lunette d'Or» – Prix média pour la diffusion des sciences humaines et sociales

(ms) «La Lunette d'Or», prix média de l'Académie suisse des sciences humaines et sociales (ASSH) d'un montant de Fr. 10 000.–, vise à favoriser le dialogue entre les milieux de la science et la société.

Conditions de participation

La «Lunette d'Or» récompense le travail d'un(e) journaliste ou d'un(e) scientifique qui a publié une contribution journalistique sur un thème des sciences humaines et sociales. La contribution doit **rendre la recherche scientifique et ses résultats accessibles à un public non spécialisé**. Dans cette perspective, le jury accorde une attention toute particulière à **la réussite du transfert de savoir**. Le concours inclut l'ensemble des disciplines des sciences humaines et sociales, de l'égyptologie, la littérature à l'économie, droit, sociologie, politologie compris. Les médias pris en considération (journaux, magazines, revues, émissions radio et TV) doivent avoir une fréquence de parution/diffusion quotidienne ou hebdomadaire. Les travaux en lice devront avoir été publiés/diffusés entre le 1^{er} septembre 2006 et le 31 août 2007. Ils seront jugés par un jury composé de personnalités des médias et du monde scientifique. Les candidats ne peuvent soumettre qu'un seul de leurs travaux. Le règlement du Prix «Lunette d'Or» peut être consulté sur le site Web www.assh.ch (Prix) ou demandé auprès de l'ASSH.

Remise du prix

Le prix sera remis lors du colloque d'automne de l'Académie suisse des sciences humaines et sociales le 9 novembre 2007.

Délai d'envoi

Le délai d'envoi des candidatures est fixé au **31 août 2007** (date du cachet de la poste). Trois exemplaires sont requis. Les enregistrements radio ou TV seront accompagnés d'un descriptif de quelques lignes de leur contenu.

Les travaux sont à adresser à l'adresse suivante:

Académie suisse des sciences humaines et sociales
Hirschengraben 11
Postfach 8160
3001 Berne
Tél. +41 (0)31 313 14 40
Fax +41 (0)31 313 14 50

Personne de contact: Martine Stoffel
Courriel: martine.stoffel@sagw.ch
Site Internet: www.assh.ch

Alpenlandschaften wertschätzen und wertschöpfen

Erstes Fazit zum AlpenForum 2007 in Engelberg

Thomas Scheurer, Geschäftsführer Interakademische Kommission für Alpenforschung (ICAS) und «International Scientific Committee on Research in the Alps» (ISCAR), und Marlis Zbinden, SAGW

Engelberg war vom 18. bis 21. April Schauplatz des 7. AlpenForums. Nachdem alle sechs im Internationalen Wissenschaftlichen Komitee Alpenforschung (ISCAR) vertretenen Alpenstaaten das AlpenForum einmal ausgerichtet haben, war es nun wieder an der Schweiz, diese bedeutende internationale Tagung zu Alpenthemem zu organisieren. Nach Disentis 1994 fiel die Wahl (zufällig?) wieder auf ein Klosterdorf.

Die Veranstaltung stand unter dem übergreifenden Titel «Landschaftsentwicklung im Berggebiet». Die Thematik des AlpenForums knüpfte bewusst an jene des kurz vor dem Abschluss stehenden Nationalen Forschungsprogramms «Landschaften und Lebensräume der Alpen» (NFP 48) an, um Befunde aus der Schweizer Forschung aus alpenweiter Perspektive zu diskutieren. Die Behandlung dieser Themen erfordert in hohem Masse geistes- und sozialwissenschaftliche Ansätze. So war es nahe liegend, dass einige solche Projekte aus dem NFP 48 vorgestellt und diskutiert wurden. Marcel Hunziker von der Eidgenössischen Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft (WSL) wollte herausfinden, welche Erwartungen unterschiedliche Gruppen der Bevölkerung an Landschaften haben und was deren diesbezügliche Präferenzen sind. Es zeigte sich beispielsweise, dass Städter dazu neigen, die Verwilderung der Landschaft zu begrüßen, während die Einheimischen ihr ablehnend gegenüber stehen. Dieses und andere Beispiele zeigen, dass teils schwer vereinbare

Erwartungshaltungen an Landschaften herangetragen werden. In einem weiteren Schritt wurde eruiert, in welchem Masse die Bereitschaft vorhanden ist, für ein erwünschtes Landschaftsbild auch einen ökonomischen Beitrag zu leisten, d.h. inwiefern Wertschätzung auch zu Wertschöpfung führen kann, wie es Paul Messerli treffend formulierte. Die Brisanz solcher Fragestellungen spiegelt sich in den aktuellen Debatten über die Subventionspolitik im Bereich der (Berg-)Landwirtschaft. Fragen zur Landschaftswahrnehmung wurden auch in anderen Vorträgen angesprochen, v.a. durch den Historiker François Walter, der den ständigen Wandel von Landschaftsvorstellungen aufzeigte.

Ein ausführliches Filmprogramm sorgte für die kulturwissenschaftliche Untermalung des Gesagten. In verschiedenen Dokumentarfilmen, die teilweise im Rahmen des NFP 48 entstanden sind, wurde der Wandel der alpinen Lebensweise in den letzten Jahrzehnten aufgezeichnet. Darin erhielt die betroffene Bevölkerung

selbst Gelegenheit, diesen teils markanten Wandel zu reflektieren. Anlässlich des offiziellen Abends auf dem Titlis eröffnete das Referat des amerikanischen Religionswissenschaftlers Edwin Bernbaum über «Sacredness of mountains around the world» eine weitere geisteswissenschaftliche Dimension der Bergthematik.

Je nach Blickwinkel der jeweiligen Fachgebiete ergaben sich am AlpenForum unterschiedliche Fragen und Betrachtungsweisen zur Frage der Landschaftsentwicklung. Aus deren Diskussion zeichneten sich einige für die zukünftige Alpenforschung wesentliche Themen ab: Die zukünftige Entwicklung «schöner» Kulturlandschaften dürfte, viel stärker als in der Vergangenheit, von realen gesellschaftlichen Bedürfnissen beeinflusst werden. Es werden sich u.a. Fragen der Preisbildung für «Landschaft» und der Zahlungsbereitschaft, z.B. zur

Aufrechterhaltung einer angepassten Bewirtschaftung, stellen. Unklar ist, wie der Klimawandel und die globalen Märkte die Nutzung und Gestaltung der Alpen-Landschaft beeinflussen werden. Und die zunehmende Verstädterung der Talebenen wirft Fragen an die Raumordnung in diesen meist auch verkehrstechnisch wichtigen Gebieten auf. Die Forschung ist in solchen Fragen über das NFP 48 hinaus gefordert, denn die Landschaft wird in Zukunft vermehrt im Fokus gesellschaftspolitischer Aushandlungen stehen.

Das AlpenForum erhellte zahlreiche Aspekte einer gesellschaftlich aktuellen Thematik, ermöglichte den Austausch mit Expertinnen und Experten aus Deutschland, Österreich, Frankreich, der Schweiz und Slowenien und wird hoffentlich auch den aktuellen politischen Debatten neue Anstöße zu verleihen vermögen.

Siehe dazu auch die Tagung **«Alpenforschung – wie weiter? Bilanz und Perspektiven des Nationalen Forschungsprogramms Landschaften und Lebensräume der Alpen aus der Sicht der Geistes- und Sozialwissenschaften»** vom 30. Mai 2007 in Luzern. Weitere Informationen unter www.sagw.ch.

Freiwillige Arbeit als Basis unserer Gesellschaft

(ib) Freiwillige Arbeit ist in der Schweiz in vielerlei Hinsicht systemtragend. Ohne den ehrenamtlichen Einsatz zahlreicher Freiwilliger wären der gesellschaftliche Zusammenhalt sowie die kulturelle Vielfalt unseres Landes bedroht.

Das Engagement für das Gemeinwohl im Sinne einer Übernahme von Verantwortung in einem Bereich kann in seiner gesellschaftlichen Bedeutung nicht genügend hoch eingeschätzt werden. Dies zeigen auch Untersuchungen des Bundesamts für Statistik, wonach rund jeder vierte Angehörige der Schweizer Bevölkerung unentgeltliche Arbeit leistet, insbesondere im Sozialwesen, in der Kinder-, Alters- oder Krankenbetreuung, aber auch in Kultur und Sport. Während das Ausmass der Freiwilligenarbeit im Sozialbereich eher zunimmt, sehen sich viele Vereine mit schwindenden Mitgliederzahlen und, damit zusammenhängend, mit wachsenden Schwierigkeiten, die Vorstandschargen besetzen zu können, konfrontiert. Die Gründe für die abnehmende Bereitschaft, ehrenamtliche Vereins- oder Kommissionsarbeit zu leisten, sind komplexer gesellschaftlicher Natur, dürften aber mit dem gesteigerten Angebot an alternativen Freizeitmöglichkeiten sowie dem Wunsch nach individualisierter Lebensgestaltung zusammenhängen.

Ehrenamtliche Arbeit im Milizsystem prägt auch das Funktionieren der Mitgliedsgesellschaften der Schweizerischen

Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften seit ihrem Bestehen. Ein Grossteil der administrativen Tätigkeiten der Mitgliedsgesellschaften wird in Miliz-Arbeit durchgeführt. Insbesondere Universitäten duldeten bislang Arbeitseinsätze von Sekretariaten und Assistenzen für Verwaltungsarbeiten der Gesellschaften. Aus verschiedenen Universitäten wurden nun Stimmen laut, dass dieses Entgegenkommen seitens der Universitäten gefährdet sei, indem solche Aktivitäten nicht mehr finanziert würden. Zudem sehen sich Assistenzen und Sekretariate in der ganzen Schweiz mit einer tendenziell steigenden administrativen Arbeitslast für die akademische Verwaltung konfrontiert, so dass immer weniger Zeit für die Mitgliedsgesellschaften übrig bleibt. Diese Entwicklung könnte das Funktionieren der Gesellschaften gefährden – Grund genug für die SAGW als Dachorganisation, sich diesen Problemen zu widmen. Im vorliegenden Dossier werden verschiedene Aspekte der Freiwilligenarbeit und der wissenschaftlichen Gesellschaften aufgegriffen. Sowohl die Präsidentin einer Mitgliedsgesellschaft als auch der Rektor einer Universität äussern sich zum Thema.

Umfrage bei den Mitgliedsgesellschaften zur ehrenamtlichen Arbeit

(ib) Um abzuklären, unter welchen institutionellen Bedingungen ehrenamtliche Arbeit in gelehrten Gesellschaften noch geleistet werden kann, wo Schwierigkeiten bestehen und welche Hilfestellungen die Akademie nach Massgabe ihrer Möglichkeiten leisten kann, entwickelte die SAGW einen Fragebogen. Dieser wurde an alle Vorstandsmitglieder mit Funktionen sowie an die Redaktoren und Redaktorinnen der Zeitschriften versandt, mit dem Ziel, die Tragweite des Problems «gefährdete Milizarbeit» zu analysieren.

Der Fragebogen wurde in erster Linie für eine «klassische» geistes- oder sozialwissenschaftliche Gesellschaft konzipiert, die einen hohen Anteil der anfallenden Arbeiten selbst erledigt und die personell stark mit einer oder mehreren Bildungsinstitutionen verbunden ist. Dieser Gesellschaftstyp überwiegt innerhalb der SAGW, doch reicht das Spektrum von Vereinen mit weniger als hundert zu solchen mit mehreren tausend Mitgliedern mit professionellen Geschäftsstellen. Diesem Umstand ist es auch zuzuschreiben, dass die Aussagen zur Milizarbeit bisweilen stark differierten.

Gefragt wurde im Einzelnen nach dem Verhältnis zwischen ehrenamtlicher und besoldeter Vereinsarbeit, nach der institutionellen Verwurzelung der Vorstandsmitglieder, den Rückgriffsmöglichkeiten auf Infrastrukturen während der Arbeitszeit, nach konstatierten Veränderungen im Umgang mit Aktivitäten für die Gesellschaften während der Arbeitszeit seitens der Universitäten und Fachhochschulen, nach Schwierigkeiten in der Rekrutierung neuer Vorstandsmitglieder sowie nach der Anzahl geleisteter Arbeitsstunden für freiwillige Gesellschaftsarbeit pro Jahr. Der hohe Rücklauf von 94 Prozent aller

54 Mitgliedsgesellschaften bestätigte, dass dieses Thema auf grosses Interesse stösst und sich eine vertiefte Betrachtung lohnt – was nicht zu erstaunen vermag, da im Durchschnitt der gesamte Vorstand einer Gesellschaft zusammengerechnet während drei bis vier Monaten im Jahr ehrenamtliche Arbeit leistet.

Im Sinne einer ersten groben Auswertung werden im Folgenden erste Ergebnisse der Umfrage skizziert.

1. Obwohl administrative Arbeiten immer häufiger ausgelagert und professionalisiert werden, überwiegen mit zwei Dritteln nach wie vor die Anteile jener Vereine, die ehrenamtlich verwaltet werden. Dies trifft im selben Masse für die Redaktionsarbeiten zu, die überhaupt nicht oder nur symbolisch vergütet werden.
2. Eine grosse Mehrheit der Vorstandsmitglieder arbeitet an einer höheren Bildungsinstitution in diesem Lande, kann allerdings aus diesem Umstand kaum Gewinn für die Bewältigung der Verwaltungsarbeiten ziehen, da ausser Kommunikations- und Informatikmittel kaum Infrastrukturen für ehrenamt-

liche Tätigkeiten beansprucht werden können. Ebenso stellt es eine Ausnahme dar, wenn Milizarbeit während der regulären Arbeitszeit in grösserem Umfang geleistet werden darf.

3. Trotz des eher düsteren Bildes, das in vielen Fragebögen über die Bereitschaft der Bildungsinstitutionen, ehrenamtliches Engagement für Fachgesellschaften während der Arbeitszeit mit der vorhandenen Infrastruktur zu ermöglichen, gezeichnet wurde, stellte doch die Mehrheit der Befragten keine gravierenden Veränderungen im Sinne einer Verschlechterung der bestehenden Verhältnisse fest. Etwa ein Drittel konstatierte allerdings aus verschiedenen Gründen eine zusehends ablehnendere Haltung der Universitäten oder Fachhochschulen gegenüber freiwilliger Vereinsarbeit.
4. Grössere Schwierigkeiten bekunden rund zwei Drittel der Gesellschaften, ihre Vorstandschargen zu besetzen, wobei Nuancen bei den einzelnen Funktionen genannt wurden. Offenbar sind jene Positionen am schwierigsten zu besetzen, die mit einem grossen, als weniger attraktiv erachteten Zeitaufwand wie Sekretariatsarbeiten, Buchhaltung und Redaktion der Publikationsorgane verbunden sind. Die am häufigsten genannten Ursachen liegen in gesamtgesellschaftlichen Veränderungen, wonach Vereinsengagement generell und ehrenamtliche Arbeit im Besonderen an sinkender Wertschätzung leiden.
5. Mit dem Angebot der SAGW, zu prüfen, ob so genannte Vereinssoftware zur Erleichterung gewisser administrativer Abläufe zur Verfügung gestellt

werden könnte, lässt sich das Rekrutierungsproblem selbstverständlich nicht entschärfen. Die Rückmeldungen aus den Mitgliedgesellschaften waren jedoch mehrheitlich positiv.

Dieser ersten groben Auswertung zufolge präsentiert sich die Lage der Mitgliedgesellschaften nicht gerade rosig, aber auch nicht desolat, was die Voraussetzungen für freiwilliges Engagement in unserer Arbeitswelt betrifft. Eine differenziertere Betrachtung drängt sich hier jedoch auf: So etwa stehen kleinere Gesellschaften, die zur Hauptsache vom universitären Mittelbau getragen werden, vor wesentlich grösseren Schwierigkeiten als solche, die auf den institutionellen Hintergrund von Ordinarien zurückgreifen können. Hier berühren sich aktuelle Probleme des Mittelbaus (freilich nicht nur des Mittelbaus) an unseren Universitäten – Zunahme administrativer Aufgaben, Verkürzung der Assistenzzeiten, gesellschaftlicher Druck, Familie, Arbeit und eigene Karriere unter einen Hut zu bringen – mit denjenigen einzelner Mitgliedgesellschaften, die diese Veränderungen sehr wohl zu spüren bekommen.

Was ist zu tun? Patentrezepte dürfen nicht erwartet werden, zumal wir auch mit Phänomenen konfrontiert sind, die in ihrer gesamtgesellschaftlichen Dimension kaum zu beeinflussen sind. Eine substanzielle Erhöhung der Beiträge der Akademie an die Mitglieder, wie sie gelegentlich gewünscht wurde, ermöglichte zwar eine marktkonformere Entgeltung der geleisteten Arbeit, stellte jedoch das Prinzip des freiwilligen Engagements in Frage. Angesichts des in der BFI-Botschaft angekündigten Finanzrahmens für die Bud-

getperiode 2008–2011 gibt es jedoch keine Alternative zum Milizsystem, das ausserdem die Grundlage der Förderung durch die öffentliche Hand darstellt (Finanzierungsprinzip der *matching funds*). Das Resultat der Umfrage bestärkt die SAGW jedoch in ihren Anstrengungen, die Rahmenbedingungen der ehrenamtlichen Tätigkeiten nach ihren Möglichkeiten weiter zu verbessern, sei es durch Software-Lösungen, die administrative Abläufe erleichtern, oder sei es etwa durch ein erweitertes *management of honours*,

das die Attraktivität des freiwilligen Engagements auch für *young hopefuls*, wie es in einer Rückmeldung formuliert wurde, steigern sollte. Die SAGW wird schliesslich weiterhin genau verfolgen müssen, welchen Stellenwert Bildungsinstitutionen den Fachgesellschaften beimessen – eine Aufgabe, der sie nur mit Hilfe der Rückmeldungen ihrer Mitglieder nachkommen kann. An der kommenden Präsidentenkonferenz am 15. Juni wird dieses Thema weiter verfolgt werden.

«Kann ich mir Freiwilligenarbeit überhaupt leisten?» – Interview mit der Präsidentin einer Fachgesellschaft

Eine Umfrage der SAGW bei ihren Mitgliedergesellschaften hat ergeben, dass der wachsende Aufgabendruck kaum noch wissenschaftliche Freiwilligenarbeit während der Arbeitszeit zulässt. Im Vorstand einer wissenschaftlichen Gesellschaft tätig zu sein, wird immer mehr zu einem zeitintensiven Freizeitprojekt.

Beatrice Kübli: Frau Winet, Sie sind Präsidentin der Schweizerischen Gesellschaft Mittlerer Osten und Islamische Kulturen, wie gehen Sie mit der zeitlichen Belastung durch dieses Ehrenamt um?

Monika Winet: Es handelt sich in der Regel um einen Spagat zwischen «Zeit» und «Ehre». Schon innerhalb meiner 50%-Stelle an der Universität ist es mir praktisch unmöglich, Lehre, Administration und Studienberatung unterzubringen, ganz zu schweigen von der Forschung und der wissenschaftlichen Weiterqualifikation. Insofern kann die Präsidentschaft in der

Tat als «Freizeitprojekt» betrachtet werden, da ich die damit verbundenen Aufgaben in der Regel abends und am Wochenende, d.h. in meiner Freizeit, erledige. Dies oftmals nicht gerade zur Freude meiner Familie.

Weshalb sind Sie ehrenamtlich tätig?

Wenn ab und zu die Hektik an der Universität ausbricht – was angesichts des ganzen Bolognaprozesses des Öfteren geschieht – und meine persönliche Forschungs- und Freizeit sich auf ein Mini-

mum beschränkt, kann es schon vorkommen, dass ich mich frage, ob ich mir diese Freiwilligenarbeit überhaupt leisten kann. Andererseits ist die Tätigkeit im Vorstand und als Präsidentin wissenschaftlich wie menschlich sehr bereichernd. Ich bin in verschiedenen Gesellschaften zahlendes Mitglied, aber das persönliche Engagement in einem Vorstand bietet immer wieder neue Herausforderungen. Ich schätze die Möglichkeiten der Vernetzung, den Austausch und die Entwicklung von neuen Projekten in Zusammenarbeit mit meinen Fachkolleginnen und -kollegen.

Das Ansehen der freiwilligen Arbeit in wissenschaftlichen Gesellschaften ist nicht mehr so hoch wie früher. Woran liegt das Ihrer Ansicht nach?

Ich könnte mir vorstellen, dass dies mit der angespannten finanziellen Situation in den Geistes- und Sozialwissenschaften zu tun hat. Einerseits wird gespart, vor allem auch im personellen Bereich, und andererseits steigt der administrative Aufwand kontinuierlich. Dazu kommt der für den Mittelbau grosse Druck, sich wissenschaftlich weiter zu qualifizieren. Dies führt dazu, dass es sich viele nicht mehr leisten können oder wollen, innerhalb ihrer zumeist (Teilzeit-)Stellen ehrenamtliche Arbeiten zu erledigen. Die freiwillige Arbeit muss in die knapp bemessene Freizeit verlagert werden. Dadurch wird sie langsam und kontinuierlich zur Freizeitbeschäftigung, und damit einhergehend wird der Verlust von Ansehen dieser Arbeit eingeleitet.

«Das persönliche Engagement in einem Vorstand bietet immer wieder neue Herausforderungen.»

Dies ist umso bedauerlicher, wenn wir bedenken, was wissenschaftliche Gesellschaften schon leisten oder noch leisten könnten.

Was leistet denn eine wissenschaftliche Gesellschaft?

Eine wissenschaftliche Gesellschaft bietet ihren Mitgliedern in erster Linie die Möglichkeit, sich innerhalb ihrer Disziplinen zu vernetzen, auch über die Sprach- und Landesgrenzen hinweg, gerade wenn sie sich im internationalen Bereich engagiert. Durch ihre Publikationen wie Periodika, Reihen und Bulletins ermöglicht sie die Veröffentlichung von Forschungsergebnissen nicht nur renommierter Forscher und Forscherinnen, sondern vor allem auch von denjenigen des akademischen Nachwuchses. Mit der Organisation von Kongressen, Tagungen und weiteren Veranstaltungen fördert sie nationale und internationale Kontakte und bietet dem akademischen Nachwuchs die Möglichkeit, sich einzubringen. Ganz wichtig ist meiner Meinung nach auch ihre Rolle als Bindeglied

zur breiten Öffentlichkeit: Die wissenschaftliche Gesellschaft sollte auch Kommunikationsarbeit leisten und den Dialog zwischen dem akademischen Umfeld und dem allgemeinen, interessierten Publikum fördern. Erwähnt werden sollte auch, dass gerade die wissenschaftlichen Gesellschaften dem akademischen Nachwuchs die Möglichkeit bieten könnten, sich durch Mitarbeit im Vorstand und bei den Publikationen ein breites Wissen und Erfahrung

in Management, Organisation und Vernetzung anzueignen.

Es wird immer schwieriger, Nachwuchs zu rekrutieren. Wie sehen Sie die Zukunft der wissenschaftlichen Gesellschaften?

Mit der Schwierigkeit, Nachwuchs zu finden, stehen die wissenschaftlichen Gesellschaften nicht allein da. Die meisten Gesellschaften und Vereine – wissenschaftlich oder nicht – beklagen mangelnden Nachwuchs. In der regulären Arbeitszeit werden jobfremde Tätigkeiten kaum mehr akzeptiert, und nur noch wenige sind bereit, ehrenamtlich Tätigkeiten zu übernehmen und ihre Freizeit dafür zu «opfern». Wir erleben jetzt schon, wie schwierig es ist, Leute für die Arbeit im Vorstand zu finden. Ich könnte mir gut vorstellen, dass wir für die nächsten Jahre mit sinkenden Mitgliederzahlen rechnen müssen und dass die ehrenamtliche Arbeit noch mehr auf den Schultern von ein paar wenigen «Idealisten» lasten wird. Ich hoffe jedoch sehr, dass die wissenschaftlichen



Monika Winet ist ehrenamtliche Präsidentin der Schweizerischen Gesellschaft Mittlerer Osten und Islamische Kulturen.

Gesellschaften diese Durststrecke überstehen und dass sich durch die vielfältigen Möglichkeiten, die eine solche Ehrenarbeit bietet, in Zukunft auch wieder vermehrt junger Nachwuchs für die Arbeit in solchen Gremien begeistern kann. Eine Überlegung wert wäre auch eine mögliche Entlohnung für gewisse Arbeiten – ein wichtiger Punkt vor allem auch für den akademischen Mittelbau.

Besten Dank, Frau Winet!

Interview: Beatrice Kübli

«Die Arbeit für eine wissenschaftliche Gesellschaft ist eine übergeordnete Aufgabe» – Interview mit dem Rektor der Universität Bern

Die Voraussetzungen für das freiwillige Engagement von Hochschulangehörigen sind ständigen Änderungen unterworfen. Bisher konnten die Fachgesellschaften universitäre Infrastrukturen beanspruchen. Dieses System ist heute durch die verkürzte Assistenzdauer und die Abrechnung der Arbeitszeit nach Projekten gefährdet. Zudem sind die Lehrenden zunehmend verpflichtet, Drittmittel anzuwerben. Damit werden die vorhandenen Ressourcen nicht mehr für ehrenamtliche Tätigkeiten, sondern für den Erwerb von Drittmitteln eingesetzt.

Beatrice Kübli: Herr Professor Würgler, Sie sind Rektor der Universität Bern. Wie beurteilen Sie die drohende Unterhöhlung der ehrenamtlichen Tätigkeit für wissenschaftliche Gesellschaften durch die zunehmende Drittmittelorientierung?

Prof. Dr. Würgler: An der Universität Bern kann von einer «Unterhöhlung der ehrenamtlichen Tätigkeit» nicht die Rede sein. Im Gegenteil: Die Mitarbeit in wissenschaftlichen Organen gehört zu den Pflichten der Mitarbeitenden, und somit können auch die vorhandenen Ressourcen dazu eingesetzt werden. Problematisch ist die zunehmende zeitliche Beanspruchung. Diese ergibt sich aus den Veränderungen an den Hochschulen, welche nun viel mehr als früher von einer Konkurrenzsituation geprägt sind. Heute können Forschungsgruppen nur noch mit Drittmitteln existieren. Diese Entwicklung ist bei den Naturwissenschaften schon lange zu beobachten, und nun betrifft es vermehrt auch die Geistes-

und Sozialwissenschaften. Das ist weder gut noch schlecht, sondern einfach die Situation, die wir haben. Es ist nicht an mir als Rektor, den Mitarbeitenden vorzuschreiben, wie sie ihre Zeit einteilen.

Die Publikation von Artikeln wird sehr hoch bewertet, während die Mitarbeit in einem Redaktionskomitee für die wissenschaftliche Karriere kaum etwas zählt. Entsprechend fehlen die Anreize für die Redaktionsarbeit. Welche Lösungsmöglichkeiten schlagen Sie hier vor?

«Mit der Organisation wissenschaftlicher Kongresse bieten die Fachgesellschaften eine Plattform, um andere Forschende kennen zu lernen und Forschungsergebnisse auszutauschen.»

Artikel zu publizieren, ist vor allem ein Anliegen der jungen Forschenden, während etablierte Forschende eher in Redaktionen mitarbeiten. Dass

die Mitarbeit in Redaktionen kaum zählen soll, erstaunt mich. Die *Reviewer*-Tätigkeit ist ein normaler Bestandteil der Forschungsarbeit, das gehört dazu und wird auch in den CVs erwähnt. Wenn eine Universität eine Person berufen will, sollte sie

eigentlich deren ganzes Tätigkeitsfeld anschauen und nicht nur – wie das einige Berufungsinstanzen machen mögen – auf die *Impact*-Faktoren achten. Auch die *Reviewer*-Tätigkeit einer Person sollte somit berücksichtigt werden, denn das ist ein wichtiges Indiz dafür, dass die Person selbst schon etwas geleistet hat und deshalb auch als Forscher oder Forscherin interessant ist. Um Redaktionsarbeit zu leisten, braucht es schliesslich Erfahrungen auf dem entsprechenden Forschungsgebiet.

Wie schätzen Sie die künftige Bedeutung der wissenschaftlichen Gesellschaften ein?

Hier gibt es ganz viele Aspekte. Den Fachgesellschaften kommt jetzt wie auch in Zukunft eine entscheidende Rolle zu. Sie bringen die verschiedenen Institute miteinander ins Gespräch und tauschen sich auch international aus, das ist beides sehr wichtig. Als ich Präsident der Schweizerischen Mathematischen Gesellschaft war, haben wir uns zudem sehr stark auf die jungen Forschenden konzentriert und ihnen geholfen, Kontakte zu knüpfen. Mit der Organisation wissenschaftlicher Kongresse bieten die Fachgesellschaften eine Plattform, um andere Forschende kennen zu lernen und Forschungsergebnisse auszutauschen.

Werden sich Ihrer Ansicht nach die Vorstandsarbeiten der wissenschaftlichen Gesellschaften zukünftig noch im Milizamt erledigen lassen?

Ja. Ich bin sicher, dass es dazu keine professionelle Administration braucht. Es kann zwar sein, dass insbesondere Sekretariate von kleinen Instituten zeitweise durch den hohen administrativen Aufwand von Projektanträgen bei der Europäischen Kommission stark belastet werden. Dann besteht vorübergehend ein Engpass, aber ansonsten können die Präsidenten und Präsidentinnen einer Fachgesellschaft auf ihre Sekretariate zurückgreifen.

Und was ist, wenn die Person keinen eigenen Lehrstuhl hat, sondern aus dem Mittelbau ist?

Ob Doktor oder Professor, spielt keine Rolle. Die Arbeit für eine wissenschaftliche Gesellschaft ist eine übergeordnete Aufgabe. Da macht es keinen Unterschied, ob man ein eigenes Sekretariat hat oder ob ein Sekretariatspool zur Verfügung steht.

Besten Dank, Herr Würigler!

Interview: Beatrice Kübli

Wissenschaftliche Gesellschaften als Träger neuzeitlicher Wissenschaft

Gerhard Fröhlich, Johannes Kepler Universität Linz, Österreich

Bereits seit dem 17. Jahrhundert gibt es wissenschaftliche Gesellschaften. Ohne deren Aktivität hätten sich die modernen Wissenschaften kaum entwickeln und halten können.

Noch heute stellen naturwissenschaftliche Lehrbücher die Geschichte ihrer Disziplinen als kontinuierliche Abfolge von Ideen und Ahnenreihe einsamer Heroen dar. Diese seit jeher fragwürdigen Klischees sind unter heutiger *Big Science* vollends obsolet. Nach Sir Karl Popper ist Wissenschaft nicht auf der Objektivität der Wissenschaftler gegründet, sondern auf dem «öffentlichen Charakter» wissenschaftlicher Methoden – freier Kritik und funktionstüchtiger wissenschaftlicher Kommunikation. Konkurrierende Theorien bräuchten Anwälte, Geschworene und ein Publikum.

Wie kam es zur Entwicklung der modernen Wissenschaften?

Die rasche Wissensakkumulation seit dem 17. Jh. ist historisch neu. Die Herausbildung der Wissenschaften als eigenes Feld, mit eigenen Institutionen, Kommunikationskanälen und Beurteilungskriterien erfolgte auf einem «katholischen» Weg in Italien (die Selbstformung Galileo Galileis), auf einem «protestantischen» in England (die Gründung der «Royal Society»). Damals beherrschten Theologen und Philosophen die Universitäten, Mathematiker und Physiker waren am un-

tersten Ende der Rangreihe. An den Höfen der Toskana hingegen bestimmte die Gunst des Fürsten den Status des einzelnen Naturphilosophen. Die fürstliche Patronage ermöglichte auch überregionale Gelehrtenkommunikation: Der Höfling Galilei verschickte Fernrohre wie Bücher über die Diplomatenpost der Medici. Auf der britischen Insel verschrieben sich im 17. Jh. immer mehr noble Herren dem Experiment und der Diskussion darüber als gehobenem Zeitvertreib. Experimente sollten vor standesgemässen Zeugen beglaubigt, das Erstentdeckerrecht gesichert werden. Aus informellen Treffen entstand zwischen 1660 und 1663 die Londoner «Royal Society». An Professionalisierung interessierte Mittelschichtangehörige konnten sich gegen die adeligen Dilettanten in der «Royal Society» kaum durchsetzen. Sie gründeten regionale und spezialisierte Vereinigungen sowie die «British Association for the Advancement of Science». Die Institutionalisierung medizinischer Spezialfächer im deutschen Wissenschaftssystem erfolgte im 19. Jh. über Ausdifferenzierungen aus der «Gesellschaft Deutscher Naturforscher und Ärzte». Wissenschaftliche Gesellschaften förderten Innovationen: Oft gegen den Widerstand der Ordinarien gründeten sie Fachjournale, organisierten Räume und

Zusammenkünfte, setzten das Laboratorium als Forschungsprinzip durch.

Wissenschaftliche Vereinigungen heute

Der (lücken- und fehlerhafte) «World Guide to Scientific Associations and Learned Societies» verzeichnete 1998 ca. 17 000 Gesellschaften. Sie unterscheiden sich nach juristischem Status (v.a. als nicht eingetragener Verein oder «e.V.»), Funktionen (Finanzierung, Forschung, Kommunikation), Aufnahmekriterien, geografischen Einzugsgebieten und Wirkungsbereichen, fachlichen Vertretungsansprüchen, Grösse, Handlungsressourcen, Einfluss. Viele Vereine fungieren als Forschungsfinanziers, Stipendien- und Preisstifter. Ihre recht unterschiedliche Finanzkraft basiert auf Mitgliedsbeiträgen, Sponsoring, Nachlässen, Spenden, Subventionen.

Fast alle ausseruniversitären Institute sind vereinsrechtlich konstituiert. Ihnen kommt grosse Bedeutung zu, da sich neue theoretische Ansätze, Spezialisierungen wie auch interdisziplinäre Integrationsversuche oft ausseruniversitär etablieren müssen und erst Jahrzehnte später in Universitäten eindringen können.

Hauptfunktion: Förderung wissenschaftlicher Kommunikation

Zu den massgeblich von Vereinen getragenen Aktivitäten zählen: Arbeitskreise, Kongresse, Kongressakten, Buchreihen, Journale, Graue Literatur, Öffentlichkeitsarbeit, Mail-Listen, Bibliografien, Datenbanken, Thesauri (= Wörterbücher

kontrollierter Terminologie), Klassifikationssysteme, ja Entwicklung und Durchsetzung des Internets. Empört über horrenden Teuerungsrate und unbefriedigende *Peer-Review*-Praktiken vieler Wissenschaftsjournale und Verlage setzen sich zur Zeit BibliothekarInnen und WissenschaftlerInnen für frei zugängliche, kostenfreie wissenschaftliche Kommunikation im Internet ein (*Open Access*), stellen eJournale und eArchive ins Netz und praktizieren so wissenschaftliche Geschenk-ökonomie.

Schattenseiten oder Der Preis der Ehrenamtlichkeit?

Die Macht der Funktionäre ist mitunter gross. Mitglieder einflussreicher Seilschaften (*old boys networks*) können einander symbolische Macht und Belohnungen (Posten, Preise) zuschanzen. Herausgeber und ihre durch Anonymität geschützten Gutachter haben schon oft Fehlurteile gefällt: Schlamperei oder Befangenheit, paradigmatische Gefangenschaft (nur die eigene Lehrmeinung zählt) oder Wissenslücken (das den Gutachtern Bekannte wird gefördert, das Unbekannte abgelehnt) können zu jahrelangen Behinderungen von Innovationen führen.

Die Funktionstüchtigkeit wissenschaftlicher Gesellschaften hängt von Machtbalancen ab: Koexistieren verschiedene Fraktionen friedlich, lähmt sie ein Patt, oder führt die Monopolisierung einer Strömung zur Abspaltung Unterlegener? Vielfach bekämpfen sich dann mehrere Gesellschaften ähnlichen Titels. Meine eigenen Erfahrungen in sozial- und kulturwissenschaftlichen Vereinigungen:

Sitzungen laufen recht ineffektiv und zeitraubend ab. Kaum jemand kennt die Statuten – am wenigsten der gerade amtierende Vorstand. Rotation der Vorstandsmitglieder und Ortswechsel des Vereinssitzes begünstigen Missstände. Vielfach bleibt ein Grossteil der Mitglieder die Beitragszahlung schuldig. Die wenigen vereinnahmten Beiträge (Jahresumsätze von einigen hundert Euro) werden durch Reisekosten zu Vorstandssitzungen aufgezehrt. Verstärkte «Selbstaussbeutung» und das Abwälzen von Kosten (von Porto bis Sekretariat) auf die Institutionen des jeweiligen Vorsitzenden retten dann das organisatorische Überleben.

Fazit

Die modernen Wissenschaften hätten sich ohne die Aktivitäten wissenschaftlicher Vereinigungen kaum entwickeln und halten können. Laboratorien, Kongresse, Journale – ja das Internet selbst – verdanken Existenz, Durchsetzung und Fortbestand massgeblich wissenschaftlich-technischen Vereinen.

Langfassungen

Gerhard Fröhlich, 2002a, verein.wissenschaft: Entstehung und Funktionen wissenschaftlicher Gesellschaften, in: Ulrike Kammerhofer-Aggermann (Hg.): Ehrenamt und Leidenschaft. Vereine als gesellschaftliche Faktoren. Salzburg, 255–278. ISBN 3-901681-04-3

Gerhard Fröhlich, 2002b, verein.internet: Ehrenamt, Leidenschaft und wissenschaftliche Geschenkökonomie, in: a.a.O., 245–254

(beide Texte sind mehrfach im *Open Access* verfügbar)

Freiwilligkeit, ein Thema der Wissenschaft und für die Wissenschaft

Herbert Ammann, Geschäftsleiter Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft

Es sind drei Aspekte, welche mich dieser Titel aufgreifen lässt: Freiwilligkeit als Gegenstand der Forschung und der Lehre; Freiwilligkeit als Ressource der Wissenschaft; Freiwilligkeit als Quelle der Inspiration in der Forschung. Im Folgenden äussere ich mich zu den ersten beiden Aspekten. Zum dritten Punkt mache ich lediglich eine persönliche Bemerkung und eine subjektive und unsystematische Beobachtung.

Freiwilligkeit als Quelle der Inspiration in der Forschung

Ich hatte das Privileg, dass, wann immer ich mit Forschung zu tun hatte, ich mir den Forschungsgegenstand selbst aussuchen und weitgehend selbst definieren konnte. Der Grad meiner Freiwilligkeit in meinen eigenen wissenschaftlichen Auseinandersetzungen war immer sehr hoch. Diese Erfahrung war anregend und befriedigend und blieb auch, als ich mich in den letzten Jahren der Freiwilligkeit als Gegenstand der Wissenschaft zuwandte. Ich bin tief davon überzeugt, dass ein hoher Freiheitsgrad in der Wissenschaft, d.h. ein hoher Grad an Freiwilligkeit für die Wissenschaftler/-innen in der inhaltlichen und methodischen Bestimmung ihres Forschungsgegenstandes, die Qualität der Forschung positiv beeinflusst, sofern das notwendige fachliche und methodologische Know-how vorhanden ist und genutzt wird.

Freiwilligkeit als Gegenstand der Forschung und der Lehre

Freiwilligkeit ist einerseits eine wichtige gesellschaftliche Ressource. Über gemeinnützige Arbeit leistet sie einen beachtlichen Teil zum Sozialprodukt, ohne dass dieser Teil im engeren Sinne monetär bewertet würde. Sie erreicht auch einen nicht zu verachtenden Umverteilungseffekt, vor allem über Spenden und Legate, und trägt so zur sozialen Stabilisierung bei. Andererseits ist Freiwilligkeit eine kulturell willkommene Norm und Verhaltensweise von Individuen, welche positiv sanktioniert wird, im Falle ihres Fehlens aber kaum negative Folgen nach sich zieht.

So gesehen ist es überraschend, dass Freiwilligkeit bis vor wenigen Jahren kaum Gegenstand von wissenschaftlicher Forschung war.

In der Schweiz ist Freiwilligkeit, vor allem ihre Erscheinung als Freiwilligen-

arbeit, seit knapp 20 Jahren ein Thema der Wissenschaft. In anderen Ländern wurde der Zugang über andere Begriffe gesucht; Begriffe, welche direkt vom Gesellschaftsverständnis dieser Länder abgeleitet werden können. In Deutschland ist das der Begriff des bürgerschaftlichen Engagements, welcher allerdings die spezifischen Formen, welche sich in den Ländern der ehemaligen DDR finden, nur sehr ungenügend zu erfassen vermag. Gesellschaftlich engagierte Menschen in der DDR hatten nur zu Teilen auch ein positives Grundvertrauen zum staatlichen Gemeinwesen.

In der angelsächsisch geprägten Welt ist gegenwärtig vor allem der Begriff Dritter Sektor von Bedeutung. Der Dritte Sektor bezeichnet alle Formen der Produktion von Dienstleistungen und Gütern, welche weder durch den Staat noch durch die profitorientierte Wirtschaft abgedeckt werden. Im Dritten Sektor erscheint Freiwilligkeit sowohl in Form von unbezahlter Arbeit wie auch in Form von finanziellen Zuwendungen; Spenden, welche erlauben, diese Güter und Dienstleistungen zu günstigen Tarifen oder gar gratis anbieten zu können.

Aus unserer Sicht erlaubt der Begriff der Freiwilligkeit einen breiteren Zugang zum Phänomen und beinhaltet alle Elemente von gemeinnützigem Gebrauch von Gütern und Dienstleistungen, unabhängig, ob es sich um Arbeit, Geld, Naturalien, Infrastruktur oder Prestige handelt.

Die Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft hat im Jahre 2003 ein eigenes Forschungsprogramm zu Fragen der Freiwilligkeit aufgelegt. (vergleiche www.sgg-ssup.ch)

Für die Sicherung der wissenschaftlichen Qualität der Forschung hat sie eine Forschungskommission berufen. Bis heute wurden in diesem Programm 30 Forschungsprojekte eingereicht, davon wurden acht bewilligt. Fünf Projekte sind abgeschlossen, sie kommen aus den Disziplinen Soziologie, Ökonomie, Politologie und Psychologie. Darin spiegelt sich unsere Überzeugung, dass Freiwilligkeit Gegenstand für interdisziplinäre Forschung ist und dass eine Freiwilligkeitswissenschaft nicht erstrebenswert ist.

Die Beurteilung von eingehenden Forschungsprojekten ist der reaktive Teil der Kommissionsarbeit; der aktive ist, dass die Kommission eigene Projekte lanciert, aktuell den Freiwilligen-Monitor, bzw. dass sie Zugänge zu vernachlässigten Forschungsbereichen eröffnet.

Freiwilligkeit als Ressource der Wissenschaft

Freiwilligkeit verstehe ich nicht nur als Gegenstand der Wissenschaft, sondern auch als wichtige Ressource. Es leuchtet unmittelbar ein, wenn ich argumentiere, dass neben Sport, Kultur, Kirchen und anderen auch die Institution Wissenschaft an der gesellschaftlichen Ressource in allen ihren Erscheinungsformen zu partizipieren vermag. Die SGG hat zwei Kommissionen, welche auf Grund ihrer Aufgabe wissenschaftlichen Sachverstand verlangen und daher ausschliesslich, oder mehrheitlich, aus Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zusammengesetzt sind. Einerseits ist das die oben erwähnte Kommission und andererseits die Kommis-

sion Geschichtsschreibung Gemeinnützigkeit. In beiden Kommissionen arbeiten die Mitglieder freiwillig, d.h. unentgeltlich. Sie stellen der Arbeit der Kommission und damit der SGG ihr spezifisches und professionelles wissenschaftliches Know-how zur Verfügung. Das Gleiche gilt auch für externe Gutachter/-innen, die wir regelmässig im In- und Ausland rekrutieren. Schliesslich wäre es uns kaum gelungen, in den letzten vier Jahren gleich drei grössere Veranstaltungen an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Praxis durchzuführen, hätten wir nicht auf ein grosses freiwilliges Engagement der Wissenschaftler/-innen zurückgreifen können. Eine kleine Zwischenbemerkung: Ich bin überzeugt, dass wir dieses Engagement der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler auch als ein Kompliment verstehen dürfen. Die Gründe, mit uns zusammenzuarbeiten, sind offensichtlich überzeugender als die Gründe, es nicht zu tun.

Was ich hier für die SGG sage, gilt in gleicher Weise für die Institution Wissenschaft an sich. Innerhalb der Institution Wissenschaft spielen, neben dem Einsatz von Arbeit, wie oben ausgeführt, zunehmend Spenden, Legate und andere Formen von geldmässiger Zuwendung eine Rolle. Es werden Stiftungen und Fonds für wissenschaftliche Zwecke gegründet, und es werden Spenden gesammelt.

Leider ist es mir nicht möglich, an dieser Stelle auch auf weniger wünschenswerte Erscheinungsformen einzugehen, aber wenigstens so viel: Wenn die wissenschaftlichen Sachwalter dieser Vermögen ihre eigene Arbeitszeit dafür unentgeltlich mit hinzugeben, d.h. keine unmittelbaren eigenen Interessen mit ihrer Aufgabe verbinden, erhöht sich die Wahrscheinlichkeit eines optimalen Mitteleinsatzes im Sinne der Geldgeber und der intendierten wissenschaftlichen Zielsetzung.

Schliesslich ein Letztes. Wissenschaft wird im Wesentlichen durch zwei Hauptquellen gespeist: die öffentliche Hand und potentielle Abnehmer und Verwerter von Resultaten der Wissenschaft. Dass sich die Interessen dieser beiden Hauptgeldgeber kaum einmal völlig untereinander und mit denjenigen der Wissenschaft decken, ist eine Binsenwahrheit. Eine andere Binsenwahrheit ist, dass es kaum eine Gesellschaft gab, welche über ein derart dichtes Netz von Wissenschaftler/-innen verfügte, und noch kaum einmal verfügte die gesellschaftliche Gruppe der Wissenschaftler/-innen über derart beträchtliche Ressourcen wie heute. Wissenschaft ist so gesehen in der Lage, mit eigenen Mitteln ihre Entwicklung und künftige Ausrichtung mitzubestimmen. Soweit ich sehe, ist das Entstehen eines solchen Prozesses zu beobachten; ob er bereits unter diesem Aspekt reflektiert wird, wie er es verdienen würde, entzieht sich meiner Kenntnis.

Welche Anreize motivieren zu ehrenamtlicher Tätigkeit?

Peter Schüll (wiss. Assistent), Lehrstuhl für Allgemeine Soziologie, Universität Bayreuth, Deutschland

Der viel diskutierte Strukturwandel des Ehrenamts hat die Landschaft der Freiwilligenarbeit verändert. Neue Tätigkeitsfelder und Beteiligungsformen sind entstanden, neue tätigkeitsbietende Organisationen auf den Plan getreten, und die Bemühungen, neue Mitarbeiter zu gewinnen, wurden verfeinert und den Rahmenbedingungen einer individualisierten Gesellschaft angepasst (vgl. Freiwilligenbüros). Die Wissenschaft diagnostiziert eine kaum mehr überschaubare Pluralität der Erscheinungsformen ehrenamtlicher Arbeit, die mit einer ebenso grossen Vielfalt unterschiedlicher «Typen» von Freiwilligen einhergeht. Korrespondiert mit dem «äusserlich» sichtbaren Wandel auch eine «innere» Veränderung der Motive von Freiwilligen?

Lange Zeit pflegte man bezüglich der Tätigkeitsmotive von Ehrenamtlichen einfache Erklärungsmuster heranzuziehen. Man unterstellte ihnen eine «ehrenwerte» Gesinnung und nahm an, dass sie sich selbstlos engagieren. Wenn Ehrenamtliche dennoch einmal den eigenen Nutzen bei einer freiwilligen Tätigkeit betonten, dann galt dies als anrüchig. Die kommunikativen Tabus früherer Tage trübten den Blick auf die wahren Motive. Heute sind Ehrenamtliche in dieser Hinsicht «ehrlicher», und so haben neuere Forschungsarbeiten ein buntes Bild an Engagementmotiven zu Tage gefördert, das jenem der Tätigkeitsfelder und Organisationsformen kaum nachsteht. Die gefundenen Motive sind individuell spezifisch, d.h., sie variieren von Person zu Person; sie sind lebensphasenspezifisch, d.h., sie verändern sich im Laufe der Biographie eines Menschen; und sie sind engagementspezifisch, d.h., sie variieren von Tätigkeit zu Tätigkeit, und zwar selbst dann, wenn es sich um parallel ausgeübte Tätigkeiten ein und derselben Person handelt.

Fragt man einen beliebigen Freiwilligen nach den Gründen für die Aufnahme bzw. Fortsetzung seines Engagements, so nennt er in der Regel ein ganzes Bündel an Motiven. Die vorgebrachten Beweggründe sind auf den ersten Blick nicht immer konsistent. Bei näherer Betrachtung zeigt sich jedoch häufig, dass sowohl altruistische (fremdbezügliche) als auch egoistische (selbstbezügliche) Motive im Spiel sind und dass beide Motivgruppen vom Freiwilligen selbst in kongenialer Weise miteinander verknüpft werden. Die «modernen» Freiwilligen wollen einerseits etwas geben, anderen helfen, sich für das Gemeinwohl einsetzen, ohne unmittelbar etwas in gleicher Münze zurückzuerhalten. Andererseits formulieren sie ganz dezidiert und selbstbewusst Ansprüche an das Engagement: Sie möchten mit sympathischen Menschen zusammenkommen, Gemeinschaft erleben, suchen einen gewissen Ausgleich zu Beruf und Familie usw. Und selbstverständlich muss das Engagement in die je eigene berufliche und private Lebensplanung passen.

Viele Freiwillige verstehen ihr Engagement heute als ein Wechselspiel von Geben und Nehmen, als eine Art Tauschverhältnis, nicht im kruden ökonomischen Sinne mit engen Reziprozitätserwartungen, sondern als Tauschverhältnis mit weitem Horizont («etwas gegen irgendetwas anderes von irgendjemandem irgendwann»). Was dabei als Rückerstattung empfunden wird, ist individuell höchst verschieden. Denn Rückerstattungen werden subjektiv interpretiert und nach je eigenen Wertmassstäben und eigener Lebenslage unterschiedlich beurteilt. So ist z.B. Zeitsouveränität für viele Ehrenamtliche heute wichtiger als irgendeine Form materieller oder symbolischer Entlohnung.

So individuell verschieden und engagementspezifisch die Tätigkeitsmotive auch sein mögen, Untersuchungen aus den letzten Jahren (z.B. der Freiwilligen-survey in Deutschland) haben gezeigt, dass einige Motivlagen über fast alle Ehrenamtsbereiche hinweg eine hohe Bedeutung besitzen. Dazu gehören hedonistische Motive (Arbeit soll Spass machen) und Sozialkontaktmotive (mit sympathischen Menschen zusammenkommen) ebenso wie Motive der sozialen Hilfsbereitschaft (anderen Menschen helfen) und gemeinwohlbezogene Motive (etwas Nützliches für das Gemeinwohl tun), mit einigen Abstrichen auch Motive der Relevanz-erhaltung (gebraucht werden und aktiv bleiben wollen). Als wenig oder kaum zutreffende Beweggründe schälten sich in denselben

Untersuchungen Prestigemotive (soziales Ansehen erwerben), staatsbürgerliche Pflichtmotive (meiner Bürgerpflicht nachkommen), berufsorientierte Motive (Erweiterung beruflicher Chancen) und selbsttherapeutische Motive (Hilfe zur Lösung eigener Probleme) heraus.

Wie sieht es mit dem Wunsch nach einer stärkeren materiellen Unterstützung der Freiwilligenarbeit aus, inkl. der politisch immer wieder geforderten steuer- oder sozialrechtlichen Begünstigung ehrenamtlicher Tätigkeit? Spiegeln sich diese Forderungen in den Erwartungen der Ehrenamtlichen wider? Ein Blick auf neuere Forschungsergebnisse ist hier eher ernüchternd: Egal, ob man auf die Motive von engagementbereiten Menschen zu Beginn einer freiwilligen Tätigkeit blickt oder auf die Unterstützungserwartungen bereits seit längerem tätiger Freiwilliger oder auf die Gründe für die Beendigung eines Ehrenamtes, immer zeigt sich, dass monetäre Aspekte bei einer grossen Mehrheit der Freiwilligen nicht im Zentrum ihrer Beweggründe stehen. Eine Ausnahme stellen lediglich Freiwillige in den berufs-nahen Ehrenamtsfeldern (Rettungsdienst/Feuerwehr, Gesundheit, Jugend- und Bildungsarbeit, berufliche Interessenvertretung, Politik) dar. Eine Ausweitung der Monetarisierung von Freiwilligenarbeit dürfte daher weder zu einer stärkeren Beteiligung der Bevölkerung an ehrenamtlichen Aufgaben noch zu der von vielen befürchteten Aushöhlung bisher tragender Engagementmotive führen.

Faits et propositions politiques pour le bénévolat

Chiara Simoneschi-Cortesi, conseillère nationale, présidente du Groupe parlementaire «bénévolat»

L'année internationale du volontaire 2001 – inaugurée le 5 décembre 2000 à Berne – a été un moment important pour réfléchir sur le rôle du bénévole dans notre société. Il a aussi été l'occasion pour organiser des manifestations, dans toute la Suisse, pour sensibiliser la population sur l'importance de l'activité bénévole et volontaire sous toutes ses formes, pour approfondir les relations entre travail rétribué et non rétribué, pour réfléchir sur la collaboration entre les personnes qui exercent une profession dans le secteur social et les bénévoles, pour se connaître et faire la fête.

Les parlementaires aussi se sont occupés du bénévolat, en déposant quelques propositions intéressantes qui ont été en partie acceptées par le Conseil fédéral, très soucieux de ne pas intervenir dans un domaine privé.

Le résultat le plus important de l'activité parlementaire a été la publication (demandée par une motion) en novembre 2004 du **«Rapport sur le bénévolat en Suisse»** dans lequel on cherche à répondre aux questions les plus importantes concernant l'entité de l'engagement volontaire dans le secteur formel et informel, d'analyser les activités bénévoles soutenues par la Confédération et les activités développées dans l'administration fédérale.

Chaque chapitre présente un catalogue de mesures à réaliser dans tous les domaines (par exemple, mesures législatives au niveau fédéral, mesures de coordination pour la promotion du bénévolat, mesures pour améliorer sa reconnaissance, etc.), avec le but d'améliorer la situation du bénévolat dans notre pays.

Les auteurs – outre le rédacteur en chef Guido Münzel – sont Eva Nadai, Jacqueline Schön-Bühlmann, Bernadette Kadischi.

Les **constatations et recommandations** les plus importantes sont les suivantes.

1) Constatations

En ce qui concerne la promotion et la reconnaissance du bénévolat au niveau fédéral et cantonal on constate que la Suisse, à la différence d'autres pays (par exemple l'Italie) n'a aucune base légale ni dans la Constitution, ni dans une loi fédérale qui porte à une promotion directe du bénévolat de la part de la Confédération. Il y a une seule loi qui encourage une forme spécifique de bénévolat: il s'agit de la loi sur les activités extrascolaires des jeunes (LAG), qui règle la promotion de la Confédération. Le Code des obligations (v. art. 329) va dans la même direction en prévoyant un congé spécifique pour les jeunes bénévoles. Il y a en outre quelques réglementations qui soutiennent indirectement l'engagement des bénévoles: par exemple l'article 101^{bis} de la Loi sur l'AVS, qui prévoit que la Confédération peut accorder des financements à des institutions d'utilité publique (Pro Senectute, Croix rouge) pour des tâches de conseil et d'aide aux personnes âgées.

Seul le canton de Vaud connaît un article de promotion du bénévolat dans sa Constitution.

Un des problèmes analysés a trait à la coordination du bénévolat. À ce propos, il faut mentionner l'expérience très positive de l'année internationale des volontaires, laquelle avec l'institution du «Forum bénévolat suisse» a sûrement atteint le but de la coordination et par elle de faire connaître la quantité et la qualité des activités bénévoles en Suisse.

Une autre réalisation importante est le «Dossier suisse du bénévolat»: il s'agit d'un document qui réunit toutes les expériences bénévoles personnelles et qui joue un rôle important dans la reconnaissance des qualifications acquises.

Le Dossier attend maintenant des mesures ciblées afin d'être distribué auprès des volontaires et dans les entreprises privées et publiques.

Une section du rapport touche l'aspect quantitatif de l'activité bénévole, qui n'est pas encore très connu, à cause des lacunes statistiques.

Pour le moment on ne dispose que des chiffres de l'Office fédéral de la statistique (OFS) et de ceux qui sont reportés dans le rapport.

Les chiffres montrés lors de la cérémonie d'ouverture de l'année internationale des volontaires sont fort intéressants: 41 pour cent des habitants participent à des formes de travail volontaire; 23 pour cent participent au volontariat non organisé; 26 pour cent s'engagent dans des formes de bénévolat organisé. Les hommes sont plutôt actifs dans des organisations sportives, culturelles, politiques, et les femmes

font plutôt du bénévolat informel: 50 pour cent des femmes au foyer font des services d'entraide dans d'autres familles. Tout ce travail bénévole représente 19,4 milliards de francs (5 pour cent du PIB).

Dans le rapport M. Münzel donne un aperçu des différents modèles de quantification économique du bénévolat:

- un modèle indique que la valeur monétaire du bénévolat est de 215 000 mio. de francs, ce qui correspond au 57,9% du PIB (produit intérieur brut);
- une autre méthode porte à 139 000 mio. de francs, ce qui correspond au 37,5% du PIB.

À cela il faut ajouter le travail familial, qui est aussi une forme de travail non rétribué¹, pas toujours volontaire; par tradition, il est attribué *ex officio* aux femmes. Sachant que le travail bénévole correspond à presque 10% du volume du travail non rétribué on peut bien dire que la grande majorité du travail non rétribué est fourni par les femmes².

¹ Selon l'OFS (v. «Du travail non payé, mais pas sans valeur», Neuchâtel, juillet 1999), le temps consacré aux tâches domestiques et familiales est loin d'être négligeable: les femmes investissent 31 heures par semaine et les hommes 16 en moyenne. Les femmes dont les enfants sont âgés de moins de 15 ans sont celles qui supportent la charge la plus lourde, avec 52 heures en moyenne par semaine. Si on le faisait exécuter par des salariés, l'ensemble du travail non rémunéré coûterait 215 milliards de francs par an, ce qui représente 58% du produit intérieur brut.

² V. «Le grand apport des femmes à notre société» de Chiara Simoneschi-Cortesi pour la Revue de la Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft (SGG/SSUP) – 01/2001.

2) Recommandations

Le rapport indique à chaque chapitre des mesures sous la forme de recommandations: les plus importantes du point de vue politique sont les suivantes:

- **institution d'une Commission fédérale** de représentants et d'experts du bénévolat qui, analogiquement à d'autres commissions consultatives du Conseil fédéral (v. Commission fédérale pour les questions féminines, ou de la jeunesse), s'occupe globalement du thème;
- **étude et réalisation d'une loi fédérale** qui constitue la base juridique pour la promotion et le soutien directs des activités bénévoles et du système de milice;
- **étude et réalisation d'un mandat de prestations** au «Forum bénévolat suisse» avec les tâches suivantes:
 - a) contacts, dialogue, coordination entre les organisations;
 - b) documentation et PR;
 - c) implémentation (dissémination) du «Dossier suisse du bénévolat »;
 - d) monitoring des changements et de l'évolution du bénévolat;
 - e) relations internationales;
 - f) une plus grande information sur le congé des jeunes (v. CO);
 - g) ouverture des institutions et organisations bénévoles aux étrangers, avec le but d'en améliorer l'intégration.

Autres mesures:

- h) article constitutionnel sur le bénévolat (v. projet du Prof. Rhinow et de Judith Stamm, ex-présidente du Conseil national);
- i) plus de données empiriques, en considérant non seulement les personnes

adultes mais aussi les jeunes, pour améliorer la connaissance, la sensibilisation et la participation aux activités bénévoles;

- j) participation au programme UE «Jeunesse»;
- k) étudier et réaliser l'«Année suisse de la solidarité»;
- l) ancrer dans une loi l'usage du «Dossier suisse du bénévolat»;
- m) améliorer la recherche.

Personnellement je pense qu'il faudrait demander aussi:

- d'améliorer la reconnaissance à l'intérieur de l'administration fédérale des savoirs et des expériences (savoir, savoir-faire et savoir-être) acquis dans toutes les formes d'activité non rétribuée (activité familiale et volontaire, bénévolat) au moment de l'embauche et pendant l'activité;
- d'étudier et de mettre en place un système suisse d'évaluation et de reconnaissance des qualifications acquises dans les activités non rétribuées dans la famille, dans la société, dans les églises, dans les institutions. Ces activités pourraient jouir finalement d'une reconnaissance équivalant au travail rétribué. Les savoirs et les expériences devraient être évalués comme des qualifications clés. Le «Dossier suisse du bénévolat» en serait l'instrument.

Le Groupe parlementaire «bénévolat» va prochainement déposer des propositions concrètes qui vont dans le sens indiqué par le rapport et par la résolution du 30 novembre 2006 du «Forum bénévolat suisse».

Die wirtschaftliche Bedeutung der Freiwilligenarbeit in der Schweiz

Jacqueline Schön-Bühlmann, Bundesamt für Statistik, Neuchâtel

Gesamthaft wird in der Schweiz mehr unbezahlt als bezahlt gearbeitet. 7 Milliarden bezahlte Arbeitsstunden stehen 8,5 Mrd. unbezahlten Stunden gegenüber. Der Grossteil der unbezahlten Arbeit fällt auf die Haus- und Familienarbeit. Für Freiwilligenarbeit wurden im Jahr 2004 knapp 750 Millionen Stunden aufgewendet, was rund 9% des Gesamtvolumens an unbezahlter Arbeit entspricht. Die Berechnungen zum Satellitenkonto Haushaltsproduktion (SHHP) zeigen, dass die unbezahlten Leistungen gut 40% des erweiterten Produktionskontos ausmachen.¹

Ausgangslage

In den 80er und vermehrt Anfang der 90er Jahre wurden zahlreiche parlamentarische Vorstösse eingereicht, welche das Fehlen statistischer Daten zur Haus- und Familienarbeit, zur Freiwilligenarbeit oder allgemein zum Bereich der unbezahlten Arbeit für die Schweiz bemängelten; dies bezog sich vor allem auf die Haus- und Familienarbeit, aber auch auf die Freiwilligenarbeit. Unter anderem sollten folgende Fragen beantwortet werden: Wie viel Zeit wird in die unbezahlte Arbeit gesteckt? Wer übernimmt diese Arbeiten in unserer Gesellschaft? Kann ihr ökonomischer Wert geschätzt werden, und weshalb erscheint er nicht in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung?

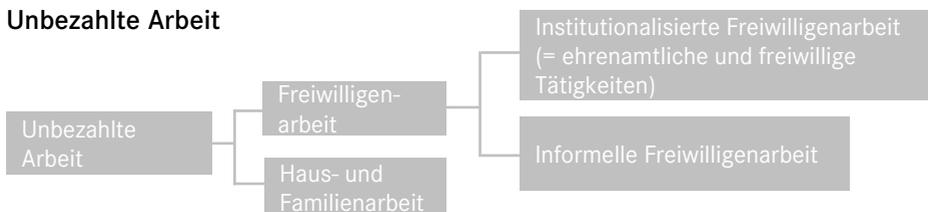
Definitionen und Konzept

Das Bundesamt für Statistik hat im Rahmen der konzeptionellen Vorarbeiten zur ersten Erhebung von 1997 die definitorischen Grundlagen zur unbezahlten Arbeit (uA) festgelegt. Die Basis bildet ein erweiterter Arbeitsbegriff, welcher die uA ebenfalls als produktive Leistungen versteht. Diese werden in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) nicht als solche erfasst, weil sie nicht über den Markt abgewickelt werden. Per Definition wird die uA also nicht entlohnt. Die Abgrenzung gegenüber anderen unbezahlten Tätigkeiten erfolgt durch das so genannte «Drittpersonen-Kriterium». D.h., unbezahlte Arbeit könnte auch gegen Bezahlung von einer Drittperson ausgeführt werden. Konzeptuell sind somit Tätigkeiten zum eigenen Vergnügen (Freizeit, Sport, Musik machen, Hobbys, Besuche im Sinne persönlicher Kontakte) oder Tätigkeiten zum eigenen Nutzen (Aus- und Weiterbildung, Schlafen, Essen usw.) ausgeschlossen. Dies führt zu folgender Typologie der uA:

¹ Vgl. Ueli Schiess und Jacqueline Schön-Bühlmann: Satellitenkonto Haushaltsproduktion. Pilotversuch für die Schweiz. BFS, Neuchâtel 2004. Aktualisierte Daten wurden vom BFS kürzlich elektronisch publiziert:

www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/einkommen_und_lebensqualitaet/unbezahlte_arbeit/blank/kennzahlen0/sat_kont/01.html

Unbezahlte Arbeit



Neben dem umfangreichsten Bereich der uA – der Haus- und Familienarbeit – differenzieren wir zwischen institutioneller und informeller Freiwilligenarbeit (zwischen unbezahlten Leistungen für Vereine, Organisationen oder Institutionen und unbezahlten Leistungen aus privater Initiative für andere Haushalte und Privatpersonen).

Resultate aus der Personenperspektive

Die folgenden Grafiken zeigen die Beteiligungsquoten für Freiwilligenarbeit in der Schweizer Wohnbevölkerung ab 15 Jahren nach diesen vordefinierten Typen. Rund 25% der Bevölkerung engagieren sich freiwillig für Vereine, Organisationen oder Institutionen (30% der Männer gegenüber 21% der Frauen). Weitaus am häufigsten leisten Männer Freiwilligenarbeit in Sportvereinen, danach folgen kulturelle Vereine und Interessenvereinigungen. Frauen engagieren sich am häufigsten in Sportvereinen und sozialkaritativen Vereinen. Mit Ausnahme der Letzteren sowie der kirchlichen Institutionen sind Männer in allen Bereichen stärker vertreten als Frauen.

Etwas tiefer liegen die Beteiligungsquoten der Wohnbevölkerung im informellen Freiwilligenbereich (23%), jedoch sind sie bei Frauen höher als bei Männern (29% gegenüber 17%). Am häufigsten führen die Frauen Hütedienste für bekannte oder verwandte Kinder aus, danach kommen andere Dienstleistungen für Verwandte oder Bekannte wie Hausarbeiten, Transportdienste oder Gartenarbeiten. Bei den Männern stehen andere Dienstleistungen für Bekannte an erster Stelle (siehe Abbildungen 1 und 2).

Im Durchschnitt investieren Personen, die im institutionellen Freiwilligenbereich aktiv sind, 14 Stunden pro Monat (Männer 15 Std., Frauen 12 Std.). Mit durchschnittlich 16 Stunden pro Monat ist der Zeitaufwand für Personen, die im informellen Bereich aktiv sind, leicht höher (Männer 12 Std., Frauen 18 Std.).²

² Die wichtigsten Indikatoren und Eckdaten sind auf folgender Internet-Seite des BFS zu finden: www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/einkommen_und_lebensqualitaet/unbezahlte_arbeit/blank/kennzahlen0/freiwilligen-arbeit/ueberblick.html

Vgl. auch Freiwilligenarbeit in der Schweiz. BFS, Neuchâtel 2005, Faltblatt (gratis)

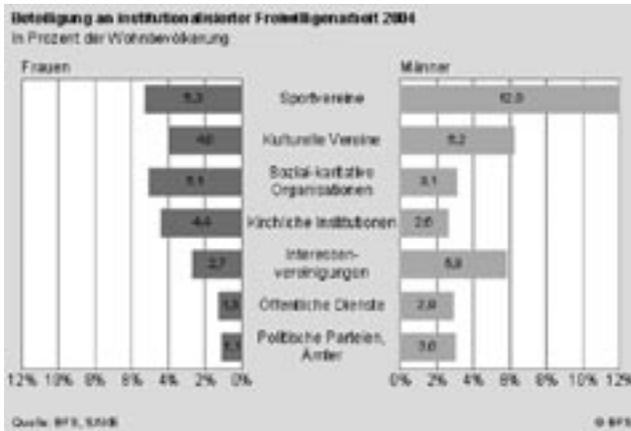


Abbildung 1

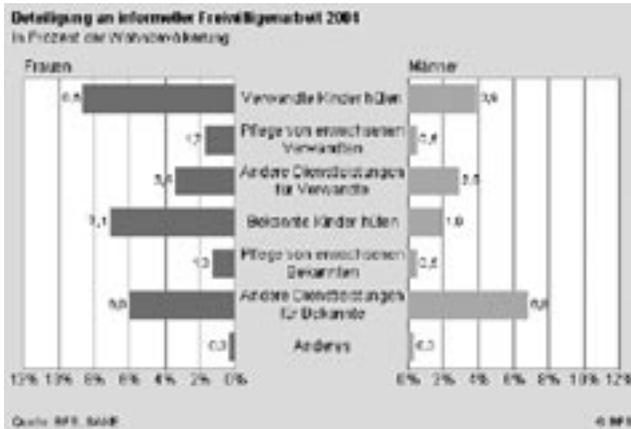


Abbildung 2

Resultate aus gesamtgesellschaftlicher Perspektive

Dieser Zeitaufwand kann auf die Gesamtbevölkerung für ein Kalenderjahr hochgerechnet werden, was einen Vergleich mit der Arbeitsvolumenstatistik (AVOL)³ nach einzelnen Wirtschaftsabschnitten erlaubt.

Insgesamt wurde in der Schweiz 2004 mehr unbezahlt als bezahlt gearbeitet. Das ist nicht erstaunlich, führen doch neben den erwerbstätigen Personen auch die nicht erwerbstätigen unbezahlte Arbeiten aus.

Das Zeitvolumen, welches unbezahlt für Vereine, Organisationen oder Institutionen im Jahr 2004 investiert wurde, liegt mit rund 377 Mio. Stunden etwas unter den effektiv geleisteten, bezahlten Arbeitsstunden im gesamten Unterrichtswesen (380 Mio. Stunden), jedoch deutlich über

³ Vgl. Bundesamt für Statistik, Arbeitsvolumenstatistik (AVOL): www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/03/02/blank/data/06.html

denjenigen in der öffentlichen Verwaltung (318 Mio. Stunden). In derselben Größenordnung situiert sich das Zeitvolumen für unbezahlte, informelle Hilfeleistungen und Dienste (371 Mio. Stunden). Die von der Wohnbevölkerung der Schweiz unbezahlt aufgewendete Zeit für die gesamte Freiwilligenarbeit ist mit rund 748 Mio. Stunden höher als das bezahlte, effektive Arbeitsvolumen im gesamten Gesundheits- und Sozialwesen (710 Mio. Stunden, siehe Abbildung 3).

Drückt man dieses Volumen in Vollzeit-Arbeitsstellen aus,⁴ entsprechen dem unbezahlten Engagement im institutionellen und im informellen Bereich je rund 190 000 Vollzeitstellen – gesamthaft also 380 000 Vollzeitstellen.

Resultate aus makro-ökonomischer Sicht

Für die Berechnungen zum Satellitenkonto Haushaltsproduktion (SHHP) wird der Zeitaufwand für die gesamte uA inklusive Freiwilligenarbeit monetär geschätzt. Ausgehend von der Frage, was die unbezahlten Leistungen kosten würden, wenn sie durch bezahlte, über den Markt vermittelte Arbeitskräfte ausgeführt würden, wird die Schätzung des monetären Wertes der uA mittels einer Marktkostenmethode mit so genanntem Spezialistenansatz gerechnet. Dabei kommt ein Bruttolohnansatz zusätzlich Arbeitgeberbeiträge für die

Sozialversicherungen zur Anwendung (siehe Abbildung 4).⁵

Die Schätzung ergibt für die gesamte uA im Jahr 2004 einen Geldwert von gut 270 Milliarden Franken. Für die institutionelle und informelle Freiwilligenarbeit wurde ein Geldwert von 28,5 Mrd. Franken berechnet. Ein direkter Vergleich mit dem Bruttoinlandprodukt (BIP), welches 2004 rund 447 Mrd. Franken beträgt, ist nur mittels des SHHP möglich. Dieses transferiert die bereits im BIP enthaltenen Geldflüsse der uA auf das Konto der Haushaltsproduktion und definiert grosse Teile des im BIP ausgewiesenen Haushalt-Endkonsums neu als Vorleistungen respektive Abschreibungen für die uA. Auf diese Weise wird die so genannte (um die Haushaltsproduktion) erweiterte Gesamtwirtschaft berechnet. Knapp 42% der Bruttowertschöpfung in der erweiterten Gesamtwirtschaft fallen auf die Haushalte ab (siehe Abbildung 5).

Sowohl die Resultate in monetären wie in nicht monetären Termen zeigen das Ausmass der unbezahlten Arbeit in der Schweiz. Deren gesellschaftlicher Stellenwert entspricht jedoch bei weitem nicht diesen Vergleichsgrössen. Trotzdem verdeutlichen z.B. Schätzungen zu den unbezahlten Pflegeleistungen in der aktuellen Diskussion um die Pflegefinanzierung, dass ein beachtlicher Teil dieser Aufgaben von Privatpersonen und -haushalten unbezahlt übernommen wird.⁶

Allerdings definiert sich der Wert der uA und speziell der Freiwilligenarbeit

⁴ Die AVOL weist für 2004 für Vollzeit-Arbeitsstellen durchschnittlich 1967 tatsächlich geleistete Arbeitsstunden aus: Vgl. dazu: Arbeitszeit 2004. Medienmitteilung vom 1. Mai 2006. BFS, Neuchâtel, Seite 6.

⁵ Vgl. Ueli Schiess und Jacqueline Schön-Bühlmann: a.a.O., Seite 25 ff.

⁶ Vgl. Jacqueline Schön-Bühlmann: «Unbezahlte Pflegeleistungen von Privatpersonen und -haushalten», in CH-SS, BSV, Bern 2005, Seite 274 ff.

Zeitvolumen für unbezahlte Arbeit 2004

in Mio. Stunden pro Jahr, ständige Wohnbevölkerung ab 15 Jahren

	Total	Frauen	Männer
Unbezahlte Arbeit insgesamt	8 450	5 413	3 019
Hausarbeiten	6 395	4 194	2 201
Kinderbetreuung/Pflege	1 307	816	492
Freiwilligenarbeit total	748	404	344

Bundesamt für Statistik, Schweizerische Arbeitskräfteerhebung
© BFS - Statistisches Lexikon der Schweiz

Abbildung 3

Monetäre Bewertung der unbezahlten Arbeit 2004

in Mio. Franken pro Jahr, evaluiert anhand der Marktkostenmethode mit Spezialiste

	Total	Frauen	Männer
Unbezahlte Arbeit insgesamt	270 878	167 109	103 770
Hausarbeiten	187 538	119 895	67 643
Kinderbetreuung/Pflege	54 873	34 136	20 737
Freiwilligenarbeit total	28 467	13 078	15 389
Institutionalisierte Freiwilligenarbeit	18 777	6 075	12 702
Informelle Freiwilligenarbeit	9 689	7 003	2 687

Bundesamt für Statistik, Schweizerische Arbeitskräfteerhebung
© BFS - Statistisches Lexikon der Schweiz

Abbildung 4

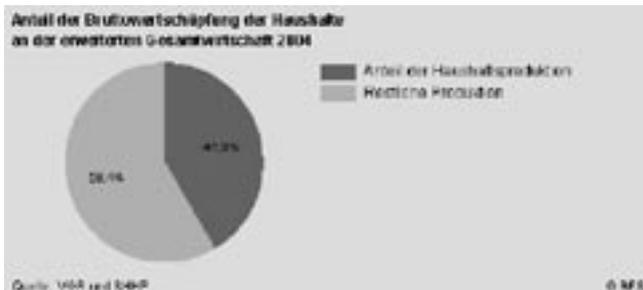


Abbildung 5

nicht in erster Linie an einem – virtuellen – Geldwert. Die monetäre Bewertung der unbezahlten Arbeit ist an sich ein eher theoretisches Unterfangen, da sich die uA gerade dadurch auszeichnet, dass sie kein exakt entsprechendes Marktsubstitut hat.

Längerfristig kann es jedoch aus einer volkswirtschaftlichen Perspektive interessant sein, allfällige Verschiebungen zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit zu verfolgen und deren Auswirkungen auf

das SHHP zu beschreiben. Das BFS wird solche Zeitvergleiche ab Ende 2008 in Angriff nehmen.⁷

⁷ Eckdaten zur Haus- und Familienarbeit sowie zur Freiwilligenarbeit werden vom BFS im Rahmen der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung (SAKE) seit 1997 alle drei bis vier Jahre erhoben. Ab Anfang 2008 sind die neuen Resultate aus der Erhebung 2007 auf folgender Internet-Seite des BFS zu finden: www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/einkommen_und_lebensqualitaet/unbezahlte_arbeit/blank/kennzahlen0/einleitung.html

Was Linguistik zu Sprachfragen zu sagen hat

www.language-experts.ch

*Annelies Häcki Buhofer und Daniel Perrin**

Linguistinnen und Linguisten befassen sich umfassend mit Sprache. In die öffentlichen Diskurse zu Sprachfragen hätten sie Zentrales einzubringen.

Hochdeutsch im Kindergarten, Fremdsprachen in der Primarschule, SMS und Sprachwandel, die deutsche Sprache und der Einfluss des Englischen – über einige wichtige Sprachthemen berichten die öffentlichen Medien immer wieder. Vor allem in der deutschen Schweiz aber kommen dabei nur selten die Fachleute zu Wort, die sich genau mit Sprache und nur mit Sprache befassen: die Sprachwissenschaftler/innen, die Linguist/innen.

Zu lesen, zu hören und zu sehen ist dann oft gross Aufgemachtes, auch Interessantes, aber dabei viel Fragliches, Fragwürdiges und schlicht Falsches zu Sprache und Sprachgebrauch. Dagegen hätte die Linguistik solide theoretische und empirische Überlegungen zu setzen, differenzierte Befunde, griffige Beispiele. Via Massenmedien öffentlich über Sprache mitreden können Linguist/innen aber nur, wenn sie a) sich einbringen wollen und b) Sprechplätze auf den Bühnen journalistischer Medien erhalten.

Sprechplätze vermitteln

Beides wollen die beiden wissenschaftlichen Gesellschaften der Linguistik der Schweiz jetzt systematisch fördern. Die

Schweizerische Sprachwissenschaftliche Gesellschaft SSG-SSL und die Vereinigung für Angewandte Linguistik in der Schweiz VALS-ASLA entwickeln zusammen die Internet-Plattform www.language-experts.ch. Die Plattform erleichtert es Interessierten, in öffentlichen Diskursen über Sprachfragen auf Linguist/innen zuzugehen.

Mit www.language-experts.ch wollen SSG-SSL und VALS-ASLA übersichtlich und aktuell darstellen, welche Linguistinnen und Linguisten in der Schweiz bereit sind, zu welchen öffentlich nachgefragten Themen Stellung zu nehmen. Zugleich führt die Seite vor Augen, zu welchen Themen überhaupt in der Linguistik gearbeitet wird. Medienschaffende und Politikerinnen zum Beispiel, die alle Sprachfragen ausserhalb der Rechtschreibung den Soziologinnen oder Psychologen und Pädagogen stellen, können hier gewahr werden, dass es ja ein Fach gibt, dessen Vertreter sich hauptberuflich mit Sprachfragen befassen.

Öffentlichkeit sorgfältig herstellen

Ziel ist eine differenzierte Herstellung von Öffentlichkeit für die Linguistik – kein

Run in die Medien auf der einen Seite, kein resigniertes Schweigen auf der anderen. Öffentliche Auftritte bergen Chancen und Risiken, für die Auftretenden, für das Fach. Die Seite www.language-experts.ch zeigt, wer genau wofür zuständig ist – eben nicht alle für alles. Pauschal angefragte Wissenschaftler/innen («Könnten Sie als Professorin bitte rasch ...») finden auf dieser Seite Kollegen, die sie Anfragenden mit gutem Gewissen empfehlen können.

www.language-experts.ch zeigt als Tabelle an, welche Linguist/innen an welchen Orten zu welchen Themen öffentlich Stellung nehmen. Die Tabelle ist leicht zu sortieren und zu filtern nach Name, Arbeitsort, Fachgebiet, Schlüsselwörtern und Referenzen – Hinweisen also, zu welchen Sprachfragen und an welcher Stelle sich eine Expertin, ein Experte bereits öffentlich geäußert hat. Kurznachrichten zu aktuellen Sprachfragen machen Medienschaffende und andere Adressatinnen und Adressaten auf die Seite aufmerksam.

Angestrebt wird damit ein unkompliziertes Werkzeug, das man rasch und mit Erfolg nutzen, aber auch mit vertretbarem Aufwand bereitstellen und aktuell halten kann.

* Prof. Dr. Annelies Häcki Buhofer ist Präsidentin der Schweizerischen Sprachwissenschaftlichen Gesellschaft SSG-SSL, Prof. Dr. Daniel Perrin ist Präsident der VALS-ASLA. Zusammen haben sie Anfang 2006 das Projekt «Linguistik in die Öffentlichkeit» lanciert, um öffentliche Debatten über Sprachfragen zu versachlichen.

CORECHED-Preis Bildungsforschung 2007 geht an Berner Bildungsforscher und an Genfer Forschungsteam

Stefan Denzler



Die Bundesrätin Doris Leuthard mit dem Preisträger Dr. Erich Ramseier.



Preisträger und Preisträgerinnen: Dr. Erich Ramseier und Frau Prof. Madelon Saada-Robert und ihr Team.

Am 18. April 2007 wurde in Bern zum zweiten Mal der CORECHED-Preis von Bund und Kantonen für herausragende Projekte in der Bildungsforschung verliehen. Der mit 25 000 Franken dotierte Preis geht dieses Jahr an zwei Projekte: an den Berner Bildungsforscher Erich Ramseier für seine Arbeit zum Zusammenhang von Motivation und schulischer Leistung und an eine Genfer Forschungsgruppe um Frau Prof. Madelon Saada-Robert für eine Arbeit zur Schreibdidaktik. Im Rahmen einer Feier in Bern haben die Vorsteherin des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements, Bundesrätin Doris Leuthard, und die Präsidentin der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren, Regierungsrätin Isabelle Chasot (FR), die Preise an die Forscherinnen und Forscher übergeben.

Mehr Informationen zur Preisverleihung 2007 und zur Ausschreibung des Prix CORECHED 2009 finden Sie unter: <http://www.coreched.ch/> -> CORECHED-Preis

Changement de présidence à la Société suisse d'études africaines

Anne Mayor

La Société suisse d'études africaines (SSEA/SGAS) a la particularité de s'être dotée depuis 2002 d'une co-présidence, sur la proposition de **Lilo Roost-Vischer**, un mode de gestion partagée qu'elle a inauguré avec Yvan Droz. L'enthousiasme de Mme Roost-Vischer, son ouverture d'esprit et son engagement pour le développement des études africaines en Suisse, et à Bâle en particulier, ont marqué le comité, qui se souvient de ses efforts pour convaincre de renommer la société en langue allemande («Schweizerische Afrika-Gesellschaft» devenue «Schweizerische Gesellschaft für Afrikastudien»), sa participation à l'organisation de rencontres scientifiques présentant des regards croisés entre la Suisse et l'Afrique (multilinguisme, religions), et son insistance pour co-organiser un colloque au Burkina Faso, où elle se rend fréquemment. Qu'elle soit chaleureusement remerciée pour ces quatre années riches en activités et innovations.

Anne Mayor, active au sein du comité depuis 1996, s'engage à partager désormais la co-présidence avec Didier Péclard, déjà nommé à cette fonction depuis 2005. Elle a suivi des études d'archéologie pré-historique, d'ethnoarchéologie et de muséographie à l'Université de Genève, jusqu'à l'obtention d'une thèse de doctorat portant sur les traditions céramiques et l'histoire du peuplement dans la Boucle



La co-présidente de la Société suisse d'études africaines, Anne Mayor.

du Niger au temps des empires précoloniaux. Collaboratrice scientifique intégrée à un projet de recherche international et pluridisciplinaire depuis 1997, elle se rend régulièrement au Mali pour des recherches, ainsi que pour la coordination d'un projet d'aide au développement (<http://anthro.unig.ch/ounjoujou> et <http://www.dimmbal.ch>).

La nouvelle co-présidence se réjouit de poursuivre le pilotage des activités de la société, avec notamment l'organisation de deux colloques importants, le premier portant sur une évaluation des modalités du partenariat scientifique avec l'Afrique (Genève, septembre 2007) et le second offrant pour la première fois l'occasion de collaborer avec la «Vereinigung für Afrikawissenschaften in Deutschland» (Freiburg et Bâle, mai 2008).

Präsidiumswechsel beim Schweizerischen Juristenverein/Société suisse des juristes

Christian L. Friedl



Prof. Dr. Stephen Berti ist neuer Präsident des Schweizerischen Juristenvereins.

Nach Ablauf der statutengemässen Amtsdauer von drei Jahren ist an der Generalversammlung des Schweizerischen Juristenvereins/Société suisse des juristes vom 22. September 2006 die bisherige Präsidentin, **Frau Professor Dr. iur. Isabelle Häner**, zurückgetreten. Frau Häner hat das Präsidium des SJV/SSJ unter grossem persönlichem Einsatz sehr erfolgreich geführt und dabei wichtige Weichenstellungen für den Verein vorgenommen.

Als herausragender Markstein ihrer Präsidentschaft gilt die Durchführung des international viel beachteten Europäischen Juristentages 2005 durch den SJV/SSJ, welcher mit rund 600 Teilnehmern aus 33 Ländern unter der souveränen Leitung von Frau Häner vom 7. bis zum 9. September 2005 in Genf stattgefunden hat.

Ebenfalls in die Präsidentschaft von Frau Häner fällt die Etablierung der «Zeit-

schrift für Schweizerisches Recht (ZSR)/Revue de droit suisse (RDS)» als Vereinsorgan des SJV/SSJ. Neuerdings ist nun in jeder Mitgliedschaft beim SJV/SSJ ein Jahresabonnement dieser hochstehenden rechtswissenschaftlichen Zeitschrift enthalten, welches im Handel ein Mehrfaches des Vereinsbeitrages kostet. Beibehalten wird wie bis anhin, dass im Jahresteilband II der ZSR/RDS die Referate der Juristentage separat abgedruckt werden und dieser den Mitgliedern im Vorfeld des jährlich stattfindenden Schweizerischen Juristentages zugestellt wird.

Als Nachfolger von Frau Häner wählte die Generalversammlung per Akklamation den bisherigen Vizepräsidenten, **Herrn Prof. Dr. iur. Stephen V. Berti**, zum Präsidenten des SJV/SSJ. Stephen Berti wurde am 23. September 1956 in Carshalton (England) geboren und ist Bürger Grossbritanniens und der Schweiz (Calpiogna/TI). Er ist Titularprofessor der Universität Fribourg sowie Ordinarius für Zivilprozessrecht an der Universität Luzern. Stephen Berti ist zudem auch anwaltlich tätig in Zürich und in Graubünden. Mit seiner Wahl wird das Vereinspräsidium turnusgemäss wieder von einem Vertreter der lateinischen Schweiz besetzt.

Präsidentenwechsel in der Schweizerischen Gesellschaft für Orientalische Altertumswissenschaft

Im Mai 2006 ist **Professor Antonio Loprieno** als Präsident der SGOA zurückgetreten, da ihn das Amt des Rektors der Universität Basel erwartete. Im Jahr 2000 kam Prof. Loprieno als Ordinarius für Ägyptologie nach Basel, nachdem er zwischen 1989 und 2000 an der «University of California» in Los Angeles als Professor für Ägyptologie und Leiter des Department of Near Eastern Languages and Cultures tätig gewesen war. Der Schweizerischen Gesellschaft für Orientalische Altertumswissenschaft stand er seit April 2003 vor. Nebst der Organisation interdisziplinärer wissenschaftlicher Tagungen regte er innerhalb der Gesellschaft mehrere Diskussionen zu universitätspolitischen Fragen an, die zum Zeitpunkt der universitären Umstrukturierungen auf das Bologna-System gerade für die in der SGOA vertretenen Fach- und Studienbereiche besonders brisant waren.

Zur Nachfolgerin wurde **Susanne Bickel** gewählt. Sie ist seit 2006 Extraordinaria für Ägyptologie und Altertumswissenschaften an der Universität Basel sowie seit 2000 Lehrbeauftragte für Ägyptologie an der Universität Fribourg, wo sie auch

Susanne Bickel ist neue Präsidentin der Schweizerischen Gesellschaft für Orientalische Altertumswissenschaft.



als Konservatorin am Projekt Bibel+Orient Museum beteiligt ist. Zwischen 1989 und 2000 arbeitete sie in Kairo am «Institut français d'archéologie orientale» und am Schweizerischen Institut für ägyptische Bauforschung und Altertumskunde. Es ist ihr ein besonderes Anliegen, die SGOA als ein in mancher Hinsicht einzigartiges Forum wissenschaftlichen und persönlichen Austausches der im Bereich der antiken Kulturen des Vorderen Orients in der Schweiz tätigen Forschenden aufrechtzuerhalten und auszubauen. Weiterhin sollen die wissenschaftlichen Tagungen den Dialog mit ausländischen Kolleginnen und Kollegen fördern und fachübergreifende Perspektiven vertiefen.

Präsidiumswechsel in der Schweizerischen Akademischen Gesellschaft der Slavisten

Daniel Weiss

Der abtretende Präsident **Prof. Y. Kakridis** (Universität Bern) der Schweizerischen Akademischen Gesellschaft der Slavisten (SAGS) hat sich in den zwei Jahren seiner Amtszeit unter anderem mit der Formulierung eines Kooperationsabkommens der vier Deutschschweizer Slavischen Seminare (Basel, Bern, Freiburg, Zürich) befasst, das eine bessere Arbeitsteilung im Sinne regionaler Schwerpunktbildungen vorsieht; gedacht ist auch an gemeinsame Masterstudiengänge. Das Abkommen wird von allen beteiligten Instituten begrüsst und darf mit der finanziellen Unterstützung der einzelnen Universitätsleitungen rechnen. Prof. Kakridis verfasste ferner 2006 einen Bericht über die Schweizer Slavistik für das «Bulletin der Deutschen Slavistik». Für die gewissenhafte Erledigung dieser Aufgaben und die reibungslose Abwicklung der Routinegeschäfte (z.B. Organisation der Jahresversammlungen, Redaktion der Jahresberichte) gebührt dem abtretenden Präsidenten der Dank aller Mitglieder der SAGS.

Prof. Patrick Sériot (Universität Lausanne) übernimmt das Präsidium nicht zum ersten Mal. Seine Wahl darf insofern als besonders erfolversprechend bezeichnet werden, als er auch langjähriges Mitglied des Internationalen Slavistenkomitees ist. In dieser Eigenschaft hat er unter anderem die Vorbereitung der alle fünf Jahre stattfindenden Internationalen Slavistenkongresse unter seiner Obhut. Die letzte derartige Veranstaltung fand 2003 in Ljubljana (Slovenien) statt, die nächste ist für 2008 in Skopje und Ohrid (Mazedonien) vorgesehen. Die Betreuung der Sammelbände, in denen die Beiträge der Schweizer Delegation erscheinen, gehört ebenfalls zu seinen Obliegenheiten. An seinem Heimatinstitut entfaltet er seit langem eine intensive Tätigkeit, die in der Organisation zahlreicher international beschickter Tagungen und Kolloquien gipfelt. Seine effiziente Geschäftsführung lässt eine erfolgreiche Amtsperiode erwarten.

ESSHRA International Conference in Switzerland

“Towards a Knowledge Society: Is Knowledge a Public Good? Dynamics of Knowledge Production and Distribution”, 12th-13th June 2007, Kursaal, Berne

Nadine Speich, Euresearch

“Towards a Knowledge Society: Is Knowledge a Public Good? Dynamics of Knowledge Production and Distribution”

Knowledge, its production and distribution, represents one of the major challenges facing Europe today. The knowledge society has been a major topic of research in Europe, especially in the field of Socio-economic Sciences and the Humanities (SSH). Special areas of research have been the contribution of information and communication technologies to the growth of a knowledge-based economy and society. Many disciplines of the humanities have also contributed recently to reflect on their contribution to the knowledge society and to economic dynamics. Language dynamics have been of particular interest as a catalyst for cultural and economic growth in the regions.

The goal of the conference is to stimulate exchange between humanities, economics and other disciplines, encouraging researchers to provide answers on knowledge as a public good.

Target audience

- researchers in the field of socio-economic sciences and the humanities,

- current or potential participants in European research projects,
- policy makers, representatives from the civil society, private sector

Organizers in Switzerland

This International Conference is organized by Euresearch www.euresearch.ch in collaboration with the Swiss Academy for Social Sciences and the Humanities (ASSH) and the College of Management of Technology at the Ecole Polytechnique Fédérale de Lausanne (EPFL).

eSSHra conferences

eSSHra is a EU-funded research project (FP 6) with participation of Switzerland, Malta, Turkey and Bulgaria. More on http://esshra.tubitak.gov.tr/Bern_conference.htm

Conference programme

Find the detailed provisional programme on the Euresearch site.

12 June: 9:30 a.m. – 6:30 p.m.

12 June: 6:30 p.m. Aperó in the heart of

the UNESCO World Heritage City of Bern.

13 June: 8:00 a.m. – 6:00 p.m.

- Registration is open on 12 June at 8:30 a.m.
- Opening by the European Commission and Swiss Confederation.
- Key note by Prof. Jack Goody from Cambridge.
- Introduction to the topic of the conference and the eSSHra project by Prof. C. Ergin from Turkey.
- On 12 June afternoon and 13 June morning: presentations and panel discussions on specific questions to knowledge.
- On 13 June afternoon: policy panel (sponsored by Migros) on key issues such as: What is knowledge? What is the Knowledge economy and knowledge-based employment? What are the geopolitical impacts of knowledge distribution? What are the research and innovation policies towards a Knowledge society?

Participants

EU Commission, Know Why, Malta Council for Science and Technology, Swiss Confederation, SNF, Knowledge Dialogue, St. Gallen Business School, Private sector, Member of Parliament

Speakers from European Member States, Associated Countries and International Cooperation Countries. Presentations on 14 different EU Framework Programme 6 projects. Presentations on key questions from speakers from Universities of different regions, from private sector and civil society organizations in Switzerland.

Registration and participation fee

Registration on the Euresearch website:
Events

www.euresearch.ch/index.php?id=11

Participation fee: CHF 100.–, registration necessary. Before the event you will receive a confirmation e-mail. Payment is due before the conference.

Contact

nadine.speich@euresearch.ch and

denise.erpen@euresearch.ch

Tel. 031 380 60 20

Habiter la métropole Suisse. L'urbanisation est-elle planifiable?

Actes du colloque du 10 novembre 2006 à Berne, édition ASSH, Berne 2007

Le colloque organisé par l'Académie suisse des sciences humaines et sociales (ASSH), en collaboration avec l'Académie suisse des sciences naturelles (SC-NAT), l'Académie suisse des sciences techniques (SATW) et le Programme national de recherche « Développement durable de l'environnement construit » (PNR 54), avait pour but de poser un regard humaniste sur la thématique de l'aménagement du territoire avant de considérer les questions techniques, politiques et écolo-

giques. Ces questions ont été abordées par le biais de quatre dimensions «ville et campagne», «circulation et développement du territoire», «développement durable et esthétique», «outils et mise en œuvre» qui ont formé les principaux axes de discussion de cette rencontre.

L'ouvrage, qui paraîtra au mois de juin 2007, réunit une grande partie des interventions du colloque et prolonge ainsi la réflexion engagée.

Documents Diplomatiques Suisses

Volume 21 (1.3.1958-30.6.1961), relié, avec couvre-livre, 16x24 cm
2007. CVIII et 423 pages, CHF 60.-
ISBN 978-2-88182-586-6

Les DDS sont une œuvre commune des Archives fédérales suisses et du Département fédéral des Affaires étrangères ainsi que de l'Académie suisse des sciences humaines et sociales, qui s'occupe également de la gestion administrative du projet. Les DDS publient et commentent des documents clefs sur la politique étrangère récente de la Suisse.

Le volume 21 (1958-1961) propose des documents sur la politique de la Suisse face aux crises frontales entre Moscou et Washington à Berlin et à Cuba ainsi que

par rapport au continent africain en voie de décolonisation: la guerre d'Algérie et la crise du Congo sollicitent particulièrement les bons offices de Berne et ses activités humanitaires. La mise en place du Marché commun, la création de l'AELE et de l'OCDE constituent des moments importants. La sécurité nationale représente aussi un défi important dans un contexte de guerre froide; il y a notamment le projet d'armement atomique et l'achat des avions Mirage.

Anton Hügli, Joachim Küchenhoff, Werner Müller (Hrsg.): **Die Universität der Zukunft. Eine Idee im Umbruch?**

Basel: Schwabe Verlag, 2007, ca. 200 Seiten. ISBN 978-3-7965-2285-7

In Vorbereitung

Der rapide gesellschaftliche Wandel hat auch die Universitäten erfasst. Der öffentliche und politische Druck wächst, ihr Selbstverständnis wird zunehmend in Frage gestellt. Wie kann die Universität auch unter diesen heutigen Bedingungen ihre Autonomie bewahren und auf ihre künftige Entwicklung Einfluss nehmen? Und wie soll sie dies können, wenn sie selber nicht weiss, wohin die Reise gehen soll? Eine interdisziplinäre Gruppe von Professoren der Universität Basel hat sich diesen Fragen gestellt und auf der Suche nach einer Antwort renommierte Fachleute aus dem In- und Ausland zu einer Ringvorlesung und zu einer zusammen mit der Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften veranstalteten Tagung eingeladen. Die Beiträge dieses Bandes gehen auf diese Veranstaltungen zurück.

Ich interessiere mich für die Aktivitäten der SAGW. Bitte senden Sie mir:
Les activités de l'Académie m'intéressent. Faites-moi parvenir:

Habiter la métropole Suisse. L'urbanisation est-elle planifiable?
Actes du colloque du 10 novembre 2006 à Berne, édition ASSH, Berne 2007

SAGW Jahresbericht 2006
Eigenverlag, Bern, 2007

Den monatlichen **Newsletter** an folgende E-Mail-Adresse:

Bitte schicken Sie mir den Newsletter nicht mehr (E-Mail-Adresse oben eintragen)

Name _____ Vorname _____

Institut/Firma _____

Strasse _____

PLZ _____ Ort _____

Bitte streichen Sie obenstehende Adresse aus dem Bulletinverteiler.

Einsenden oder faxen (031 313 14 50) an:

Schweizerische Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften (SAGW)
Postfach
Hirschengraben 11
3001 Bern

Bei Fragen gibt die Akademie unter 031 313 14 40 oder sagw@sagw.ch gerne Auskunft.
Für weitere Informationen und Termine:

www.sagw.ch

www.assh.ch

Generalsekretariat

Hirschengraben 11, Postfach 8160, 3001 Bern
Tel. 031 313 14 40, Fax 031 313 14 50
www.sagw.ch, www.assh.ch
E-Mail: sagw@sagw.ch

Zürcher Markus, Dr., Generalsekretär markus.zuercher@sagw.ch	031 313 14 40
Hofer-Weyeneth Annemarie, Chefin Personal und Finanzen annemarie.hofer@sagw.ch	031 313 14 40
Ambühl Daniela, Öffentlichkeitsarbeit daniela.ambuehl@sagw.ch	031 313 14 52
Birbaumer Nadja, lic. ès lettres, Collaboratrice scientifique, Section II nadja.birbaumer@sagw.ch	031 313 14 47
Immenhauser Beat, Dr., Wiss. Mitarbeiter, Sektion III beat.immenhauser@sagw.ch	031 313 14 53
Indermühle Gabriela, Administration gabriela.indermuehle@sagw.ch	031 313 14 42
Kohler Christine, Administration christine.kohler@sagw.ch	031 313 14 43
Kübli Beatrice, Öffentlichkeitsarbeit beatrice.kuebli@sagw.ch	031 313 14 51
Quadri Delphine, Administration delphine.quadri@sagw.ch	031 313 14 48
Stoffel Martine, lic. ès lettres, Collaboratrice scientifique martine.stoffel@sagw.ch	031 313 14 55
Zbinden Marlis, lic. phil. hist., Wiss. Mitarbeiterin, Sektion I marlis.zbinden@sagw.ch	031 313 14 46

